

Abonnements - Bedingungen:

Abonnements - Preis pränumerando: Vierteljahr 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,10 Mark per Monat, eingetragenen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren betragen für die sechsgepaltene Kolonette oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleiner Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 12. Februar 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die agrarische Triumph-Versammlung.

Es wäre eine Überbühnenheit zu leugnen, daß der Bund der Landwirte neuer eine gehäufte Veranstaltung hat, Triumphlieder zu singen. Vor einem Jahre war der Grundton der Reden im Cirkus Busch drohend; die Minister waren in Ungnade. Mit dieser Regierung sind keine vernünftigen Handelsverträge zu machen, rief die „Deutsche Tageszeitung“ aus. Selbst Riquel war in den Damm gethan. Der Kanal und die „gräßliche Flotte“ mit der drohenden Weltpolitik schienen eine Ära der Industrie einzuleiten. Die Großindustrie selbst hatte sich noch nicht unter die agrarischen Forderungen gebüht.

Heute ist alles anders. Triumph auf der ganzen Linie. Außer der Socialdemokratie hat sich kaum irgend ein Faktor des öffentlichen Lebens dem agrarischen Einfluß entziehen können. Das Großkapital unterwirft sich dem Junkertum, weil es in ihm die schneidigsten und strapallosesten Flüßler gegen das Proletariat schätzt. Die Regierung hat noch weiter vor ihm kapituliert, als es vor einigen Wochen nach den Andeutungen der „unsicheren Kantontisten“, der Grafen aus Ostpreußen, zu erwarten war. Hohenzollern hat Plaz machen, sein Nachfolger den Gehelut grüßen müssen; gelegentlich rebelliert eine elegische Epistel in der „Kreuz-Zeitung“ oder eine unvieldelte, aber deutliche Anmerkung in der agrarischen „Tageszeitung“ gegen den Monarchen. Allerdings hat man die Flotte und das Chinaabenteuer mit säkularer Wiene bewilligt; allerdings wird man auch den Kanal draufgeben, aber dies alles geschieht mit drohenden Anmerkungen, mit der Erläuterung nach oben hin: ohne Vauern und Junker keine Monarchie, ohne agrarische Politik keine Königskrone — die alte, bekannte Weisheit. Das Centrum hat sich so sehr den Agrariern ergeben, daß man die echten Töne der Entschiedenheit eigentlich aus seinen Reihen nur noch vernimmt, wenn Agrarforderungen zu hebeln sind. Die Nationalliberalen wagen selbst in Hannover nur noch matte Scheingeplänkel gegen die Scharen Dietrich Hahn. Der Handeldstag bringt nur eine Mehrheit von wenigen Stimmen gegen erhöhte Kornzölle zu stande. Die Großindustriellen haben sich lässlich unterworfen. Der Südwälsche Landvölk ist so sehr blindlerisch, daß auch „Demokraten“ für höhere Kornzölle stimmen. Man könnte die Einzelheiten noch vermehren; aber wozu? — Es genügt bei weitem, um die agrarischen Triumphgefänge zu erklären. Das Jahr 1900 hat die Agrarier zum Gipfel ihrer Erfolge geführt.

Man muß auch anerkennen, daß diese Erfolge wohl verdient sind, insofern als der Bund der Landwirte Energie und richtige Einschätzung der Faktoren des öffentlichen Lebens bewiesen hat, daß er insbesondere die Staatsregierung sehr richtig tagiert und so behandelt, wie man so eine Regierung behandeln muß. Der Unterschied zwischen dem Bund der Landwirte und dem der Großindustriellen ist nur der, daß der erstere offen seine Herrschaft wie einen ehernen Fels stabilisiert, während der letztere heimlich Minister besetztigt und „unterstützt“, ganz wie die Landwirte öffentlich mit vielem Geräusch im Cirkus, die Industriellen ganz geheim im Architektenhause sich versammeln — mit der Aufschrift an den Türen: „Nur für Mitglieder.“

Die Versammlung am Montag war wieder, wie alle Jahre, von Tausenden von Landwirten besucht, ohne Frage ein Abbild der agrarischen Macht, und einer Solidarität, in der sich Mehger und Kälber brüderlich vereinen. Auf der Flucht vor der sozialen Not ist ein Teil der Bauern unter die Fahnen ihrer Feiniger und Ausbeuter gestürzt.

An der Verkennung der ökonomischen Bedingungen der Geschichte und der Politik muß dieser Zusammenkunft scheitern: mit andren Worten: an der Socialdemokratie muß er scheitern, denn sie allein hält den Agrariern jene wahrhaft foveränen Bedingungen wahrhafter Befreiung entgegen.

Im Zeichen dieser Thatsache stand auch die Versammlung im Cirkus Busch.

Eine bestimmungslose Feindschaft, um nicht zu sagen: Mut gegen die Socialdemokratie kennzeichnete alle Reden. Das letzte Flugblatt mußte wiederholt herhalten, um Herrn Dertels und andrer Redner Bedürfnis nach Stoff zu befriedigen. Die beiden großen Heerlager wurden als die einzigen politischen Gebilde der Zukunft bezeichnet, an die sich alles dazwischen noch Lebende angliedern werde und müsse. Dies Zukunftsbild, so riesig man es, müsse sich auch dem Kaiser aufdrängen, und dann werde er seine Wahl treffen. Die Absicht war ein wenig deutlich.

Es fehlte auch am Montag nicht an drohenden Reden, die sich mit der monarchischen Vorgeisterung zu einem seltsamen Duft vereinigen: Wie im vorigen Jahre Herr Dertel das Wort von der „vorübergehenden Erscheinung“ glossterte, so wurde am Montag die auswärtige Politik — Boeren, England — von den Rednern des Bundes ohne Umschweife kritisiert; nachdem v. Wangenheim mit dem Hinweis auf die Boeren den heftigsten Beifall entfesselt hatte, ließ sich kaum ein folgender Redner diese schöne Gelegenheit zu einer Salve entgehen. Herr v. Wangenheim sprach von der gegen den Bund gerichteten „Verheerung“; das Wort „Drohwort“ sei noch eins der gelindesten. Die Loyalität der Agrarier sei zwar groß, aber... andre Redner ergänzten: daß man eben noch „hoffe“. Wenn die Hoffnung nicht wär, — dann ade Loyalität. Dem Kaiser müsse man überlassen, seine im Jahre 1890 in Ostpreußen gesprochenen Worte durch die That zu deuten. „Die That“ war überhaupt das Stichwort des Tages. Alle Redner schienen darauf eingeschworen: Worte, schöne Worte haben wir zuviel gehört; Graf Bülow möge Thaten sehen lassen, sonst — — — Solange ein Bauer die Scholle adere und ein Hohenzollern regiere, solange würden sie ungetrenntlich

sein; indessen, wenn Mißverständnisse Bauernstand und die Monarchie entzweiten, so sei der allerhöchste Alltäter der Landwirte — Gott — noch am Ruder, um den Sinn der Könige zu lenken.

Der so vom Bundesvorsitzenden angeschlagene Ton klang öfter durch, bis er sich in der mit tobenem Beifall aufgenommenen Rede Liebermanns v. Sonnenberg zu temperamentvollen Revolten empörte, denen Herr Dertel einiges beschwichtigende Öl hinzuzugießen nötig fand.

Vom Dr. Köfide ist nichts Wesentliches zu berichten, er ereiferte sich natürlich gegen das socialdemokratische Flugblatt.

Dr. Hahn wüßte seinen Geschäftsbericht mit einigen mäßigen Scherzen; aus den ernsthaften Bemerkungen ist zu erwähnen, daß der Bund die einzige politische Bewegung sei, die es an Agitationsfreudigkeit mit der Socialdemokratie aufnehmen; — er hat 9000 Versammlungen im letzten Jahre abgehalten einschließlich aller entlegenen Kontingente; die Mitgliederzahl des Bundes hat um 26 000 zugenommen; offenbar liegt den Herren aber daran, den Geruch des Ostbürtentums und Großgrundbesitzertums los zu werden. Die starke Zunahme im Westen und eine kleine Abnahme der Großgrundbesitzer im Mitgliederstande wurde stark hervorgehoben. Von den Beiträgen des letzten Jahres sei nur 1 Proz. im Rückstande. Bölliges, verdächtiges Schweigen wurde über die Höhe von Einnahme und Ausgabe geübt, nur der Ueberschuß (16 750 M.) wurde erwähnt.

Herr v. Didenburg erteilte den Ministern, die sich nicht in der Bundesversammlung setzen lassen, eine Rüge; zu Bülow aber hat er Vertrauen. Der Redner war Referent über Zolltarif und Handelsverträge und empfahl eine auch dann angenommene Erklärung, in der ein Minimal- und Minimaltarif, ein läckenloser Tarif (auf alle möglichen Erzeugnisse, denn außer Knodmandeln und Kaffee lömte die deutsche Landwirtschaft heute alles erzeugen!) verlangt werden. Als Minimal-Kornzoll wurden 7,50 gefordert. Transilager, Zollrechte seien abzuschaffen und die Eisenbahntarife für ausländisches Korn zu revidieren. Auch hohe Zölle würden nicht sicher vor niedrigen Preisen schützen; deshalb sei der Antrag kamig der beste.

Wenn jetzt die Landwirtschaft enttäuscht werde, würden andre Führer an die Spitze des Bundes treten. — natürlich radikalere. Redner malte das Bild eines Deutschland voll Latifundien, aber die der Hirtenschabe keine Herden treibt. „Dann werde der stolze Adler des Deutschen Reichs eine Deute demnachbarter Raubvögel werden.“

„Die glorreiche englische Armee“ (allgemeines Gelächter und einige Aufse: Psiu Zeuff!) sei faul; vielleicht auch die Flotte. (Zwischenruf: Robert!) Redner schloß mit einer Empfehlung des historischen Bündnisses zwischen Bauern und Hohenzollern.

Der Korreferent lehrte sich besonders gegen die Hanseaten. — v. Liebermann sagte: Die Hanseaten sitzen jetzt an der Spitze; er malte auch einen Handelsminister Wallin an die Wand; „wir haben ja nentlich vernommen, daß der noch nicht an der rechten Stelle steht“. Der Korreferent und mit ihm andre Redner sprachen von der Weltpolitik wie von einem Vergnügen, das man den Interessenten gönnen könne, wenn der Bauer erst seinen Willen habe; so gewissermaßen ein Lohn für treue, der Landwirtschaft geleistete Dienste.

von Liebermann war am deutlichsten. Der Redner apostrophierte Gott um Minister, die die Wahrheit an die höchste Stelle bringen. Er sprach geringschätzend von geräuschvollen Beifall- und Gebungen im Auslande, auf denen das Heil der Monarchie nicht ruhen könne. Es habe sich ein Uebel zwischen Thron und Volk gelagert. „Behemütig gedenken wir der Tage Bismarcks und des ersten Wilhelm.“ „Fort mit der Engländererei! Ich schließe mit den Versen von Dahn: „Wir schreien zu viel Victoria“ zc. Brüllender Beifall.

Herr Dertel überraschte mit einem Referat über ein Manneswort, das soeben Herr v. Thielmann, der Reichs-Schatzsekretär, im Reichstag geredet hatte. Er habe sich verwehrt gegen den Verdacht, daß er der Vater aller Hindernisse sei. Er arbeite mit Graf Posadowsky Hand in Hand, und es sei alles im besten Zuge. Auf Dertels Ausdruck der Befriedigung, daß der Geist aus dem Reichsdom des Junkers nun auch ins Schatzamt gezogen sei, habe... ich säkularer gelächelt.

Das socialdemokratische Flugblatt hat Herrn Dertel daß gefallen; er wünscht alle Sonntag so eins. Er empfahl den Bund als das einzige Mittel gegen die Socialdemokratie — belanntlich hat sich jahrelang das Centrum so empfohlen.

Nach Herrn Dertel genügt einige Delegierte von auswärts ihren Bedürfnissen und Aufträgen.

Die Versammlung, die den Bund „auf der Höhe“ sah, würde, wenn sie ökonomische und politische Fernsicht besessen hätte, nicht verkannt haben, daß die Agrarier ihren letzten Triumph in Deutschland feiern. Auch ein 7/8 Markzoll kann die industrielle Entwicklung nicht strangulieren. Er kann vor allem den Zusammenbruch des gestraubten Zollsystems nicht hindern, sondern nur beschleunigen und um so mehr, als er zusammenfielen mit dem Ueud und den schon jetzt furchtbaren Entbehrungen der Krise. Vor dem Rotschrei der Arbeiter bezeugte ein Redner Augst. Schon öfter sind an „künstlichen“ Stürmen Projekte gescheitert. — so rief er aus.

Kam, die Herren sollen Stürme erleben, über deren Naturgewalt sie nicht im Zweifel bleiben werden.

Der vorstehenden zusammenfassenden Darstellung über die Versammlung der Landwirtebündler sei aus den und vorliegenden Berichten noch das Folgende hinzugefügt:

Freiherr v. Wangenheim hielt die Begrüßungsrede. Er führte u. a. aus: Daß die Socialdemokratie unsere erklärte Feindin stets sein würde, nun, das wußten wir von vornherein. Die Socialdemo-

kratie kann nur existieren, wenn es ihr gelingt, fortwährend durch ihre Verheerungsarbeit die einzelnen Stände untereinander zu zersplittern. Die Socialdemokratie arbeitet auf den Umsturz unserer ganzen Gesellschaftsordnung hin, und ihr muß es darauf ankommen, diejenigen Elemente, welche die Träger eines starken monarchischen Staates sein sollen, zu ruinieren und so allmählich den Umsturz und den „großen Kladderadatsch“, wie sie es nennen, vorzubereiten. Die Socialdemokraten aber haben eins noch für sich: sie sind wenigstens offene, unversteckte Gegner. Schlimmer für uns ist vielleicht die andre Klasse von Gegnern, wie sie der heute politisch rückständige Freisinn vertritt: daß ist der Große handel, der Großkapitalismus in einer ganz bestimmt entarteten Richtung. Wenn man das alte Sprichwort immer wieder sagt: „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“, so wollen wir es namentlich dahin deuten, daß es dem deutschen Volke, dem Volke des Idealismus, von unsem Herrgott bestimmt ist, die wirtschaftliche Arbeit, den Kampf um das Materielle, mit der idealen Anschauung zu durchdringen und so verjöhrend einzuwirken, wie es bisher bei keinem andren Volke der Welt gewesen ist. Wenn wir auch die Wäde hinausreichen nach dem Süden des schwarzen Weltteils, wo heute ein kleines Volk der Landwirte den blutigen Kampf um seine Existenz ringt, weshalb haben wir Sympathie mit diesem Volke? (Lang anhaltender stürmischer Beifall und Handklatschen.) Es ist nicht nur das, daß unser Gerechtigkeitsgefühl sich empört, es ist nicht nur das, daß wir ein stammverwandtes Volk dort sehen. — nein, wir fühlen deutlich: der Kampf, welcher dort gelämpft wird, das ist in andrer Form derselbe Kampf, welchen wir heute kämpfen. (Erneuter stürmischer Beifall.) Dort der nackte Mammonismus bis zur höchsten Konsequenz getrieben, dort der Kampf mit Feuer und Schwert, hier der Kampf der feineren Waffe der wirtschaftlichen Gesetzgebung und der Ausbeutung! Die Folgen überall die gleichen: zerstörte Bauernhöfe, ruinierte Bauern. (Lebhafte Zustimmung.) Die Fahne der auswärtigen Politik kennen wir nicht, und wir müssen uns bescheiden, wenn das deutsche Volk, wie es gar nicht anders sein konnte, nicht in der Lage war, in einen Weltkrieg einzutreten, um jene Ueudverwandten dort zu retten. Aber das kann uns niemand verdenken, daß unser Herz und unsre Sympathie denselben gehören und daß wir es tief bedauern, daß der würdige Führer jenes Volks an der Schwelle unsres Landes zurückgewiesen wurde. Der Redner nannte dann die Junker die berufenen Führer der Bauern und er, der wie seine Kollegen es liebt, den socialdemokratischen Führer gegen die Arbeitermassen auszuwickeln, erklärte es als die Pflicht der agrarischen Wegner, daß man die Führer tot zu machen sucht, um dann auch mit der führerlosen großen Masse fertig zu werden. Dann kamen einige Phrasen über die tiefe Loyalität der Agrarier, was den Redner nicht hinderte zu erklären, daß die Ära Caprivi-Hohenzollern wie ein böser Traum hinter uns liege. Caprivi ging dahin, ein toter Mann, als er von der politischen Bühne abtrat, und Hohenzollern entschwebte unbemerkt für alle Zeiten. (Stürmische Geisterheit):

Der Kanzler kamen kündigt
Kein Lied, kein Heldenlied,
Verschollen und vergessen
Ist ihrer Thaten Flug.

Dem neuen Manne, dem Großen Bülow, wurde das Vertrauen, aber unter aller Reserve, ausgesprochen, wie ja auch die Agrarier einst dem Fürsten Hohenzollern — nach der Zeit des Caprivismus — als einem Erreiter begrüßten. Leider hätten ihm seine Vorgänger ein schweres und trauriges Erbeil überlassen. Diese haben das riesige Maß von Vertrauen, das in unsem Volke lag, schändlich vergeudet. Die deutschen Landwirte wollen wieder vertrauen lernen, aber das Vertrauen muß durch energische, klare Thaten erworben werden. Gwar stehen wir im Reichstag als eine große, starke, geschlossene Macht da, aber die Entscheidung ruht doch schließlich in der Hand des Kaisers. Und wenn er, umgeben von einem Kreise blühender Kinder, blühender Söhne, seine Wäde hinausweisen läßt in die Zukunft, so weiß er sehr wohl, daß auch ihr Weisheit und das Weisheit seines Hauses verknüpft ist mit dem Wohlstande, mit der Wäde der deutschen Landwirtschaft. (Lebhafte Bravo!) Solange noch ein deutscher Bauer die Scholle adert, solange noch ein Hohenzollernkrist in diesen Lande herrscht, so lange wird auch das Bewußtsein bei beiden bestehen, daß sie ungetrenntlich zu einander gehören. (Stürmischer Beifall und Handklatschen.) Gewiß können Zeiten kommen, in denen Mißverständnisse zwischen den Herrscher und das Volk sich schieben. So wollen wir jetzt getrost in diesen Kampf hineingehen, vertrauensvoll auf unsre eigne Kraft, auf unsre Recht, vertrauensvoll auf unsren Kaiser bei dem festen Glauben der Gerechtigkeits dort oben im Himmel.

Dann sprach der Vorsitzende des Bundes Dr. Köfide: Die kämpfenden Heere marschieren auf: auf der einen Seite das Großkapital mit seinen Trabanten, auf der andren Seite die Bauern Deutschlands, der Mittelstand und die nationale Produktion. Ein Heeruser in Streite auf der Seite des Großkapitals ist Herr Singer. An der Spitze des Ausdrucks gegen und ist er im Reichstage allen übergekommen. Er hat von dem frevelhaftesten Verlangen der Agrarier gesprochen. Man bedenke, was die deutschen Landwirte beigetragen haben zu allen Lasten, die im sozialen Interesse gewünscht wurden. Mehr als alle andren Stände sind sie im Verhältnis damit belastet worden. Es wird als berechtigt anerkannt, daß die Löhne der industriellen Arbeiter sich höher gestalten (die Agrarier haben als einzige für die Buchthausvorlage gestimmt); in dem Augenblick aber, wo der deutsche Bauer den Wunsch hegt, daß auch seine Arbeit für sich und seine hessenden Arbeiter eine lohnendere werden möge, da ruft man ihn zu, daß sei ein frevelhaftes Spiel! (Psiu!) Was ist von den Aussprüchen wahr geblieben, die i. J. bei der Einführung der Handelsverträge geäußert wurden? Graf Caprivi sagte damals: „Entweder müssen wir Waren ausführen oder Menschen.“ Schon damals hielten wir dem entgegen, daß es eher an Arbeitern fehle. Die Wahrheit dieser unsrer Behauptung hat sich bestätigt. Um die Arbeit zu leisten, deren das deutsche Volk bedurfte, mußten Arbeiter anderer Nationen herbeigeführt werden. So können wir denn also sehen, daß die Handelsvertrags-Politik auch auf dem Gebiete der Bevölkerung Deutschlands die nationalen Interessen geschädigt hat. Der gegen uns geplante Aufsturm beginnt allmählich in der freisinnigen und jüdischen Presse sein Wesen zu treiben. Aufmerksam

sollen mit diesen Gebaren verfolgen. Schon früher gelang es, durch solchen künstlichen Sturm im Blätterwalde der deutschen Presse die berechtigten Forderungen beiseite zu schieben. Es bedarf des festen Zusammenstehens der deutschen Bauern, des Mittelstandes, der nationalen produktiven Arbeit, um diesen Versuch, eine uns schädliche Handelspolitik weiter durchzuführen, Widerstand zu leisten.

Welche Forderung könnte da wohl gerechter sein, als daß auch der deutsche Bauer verlangt, dem Kulturzustand seines Volks entsprechend leben zu können. Hierzu bedarf es solcher Preise für seine Produkte, wie sie dem Kulturzustande Deutschlands, nicht dem Kulturzustande unkultivierter Völker entsprechen. (Die Preise in Deutschland sind höher als in dem gesamten Europa. Rechnet England, Frankreich usw. auch schon unter die „unkultivierten“ Länder!) Wir wollen uns auch dadurch nicht blind machen lassen, daß uns von allen Seiten Versprechungen gegeben werden. Ich fürchte die, die so viele Versprechungen machen. Versprechen sind uns genug gegeben worden, Thaten haben wir wenige gesehen. Jetzt wollen wir Thaten haben. (Allseitige stürmische Zustimmung.)

Ein Volk, das uns in seinem Blute und in seiner Thätigkeit nahe verwandt ist, das Voereenvolk in Südafrika, hat uns in seinem gewaltigen Ringen gezeigt, was Gottvertrauen und Bauernzähigkeit vermag. Wir aber wollen von ihnen lernen, in innigster Ueberzeugung für die Gerechtigkeit unserer Sache, im festen Gottvertrauen zu kämpfen.

Herr Nieberich Oahn, ein früherer Bankbeamter, fügte dem Geschäftsberichte seinerseits habendebene Bemerkungen hinzu: Fürst Bismarck kann nun leider nicht mehr für uns sorgen. (Ruf: Heil!) Bismarck erhob damals gleich seine warnende Stimme, als Caprivi mit andern Ländern, ohne den Zolltarif zu erhöhen, Handelsvertrags-Verhandlungen einleitete. Nun haben wir erreicht, daß das Staatsgeschiff einen andern Kurs geht. Wenn wir jetzt die großen schönen Worte unseres Reichskanzlers Grafen Bismarck hören, so erwarten wir nun aber auch die Thaten! (Stürmischer Beifall.) Wir vertrauen seinem guten Willen. Unsere Gegner haben den Kampf mit Krompetzen- und Paulenstößen begonnen. Wir setzen die Waage aufmarschieren: die rote Sozialdemokratie mit der goldenen Internationale. (Beifall.) Dazu auch Kathedersocialisten und unklare Schwärmer, die das praktische Leben nicht kennen. Sie marschieren alle gegen uns und glauben, die Konsumenten gegen uns mobil machen zu müssen. Ferner sehen wir den Handelsvertragsverein, die Herren Finkus, Herz, Friedländer, Löwe und andre (Ruf: Und Conrad! Heiterkeit), mit allen den freistimmigen Männern christlichen Glaubens, die mit ihnen aus einer Schüssel essen. (Wui! Heiterkeit.) Aber das soll uns alles nicht bange machen!

Mitternachtspächter Lutz (Watershausen) führte aus: Niemand könne etwas unter den Produktionskosten verlangen. Ob die Produzenten zu Grunde gehen, sei dem internationalen Handel sehr gleichgültig. Es sei bereits so weit gekommen, daß der junge Landwirt die Bestimmung des Vaters nicht mehr übernehme, weil er nicht Hungers sterben wolle. Vier Fünftel des deutschen Ackerlands gehöre den Bauern und nur ein Fünftel dem Großgrundbesitz. Er wolle dies wiederholen, damit die Zeitungs-Verichtstatter dies nicht überhören. (Stürmischer Beifall.) Er habe die Ueberzeugung, die Regierung werde die deutschen Bauern, die das festeste Bollwerk der heutigen Weltordnung sowie von Thron und Altar seien, nicht untergehen lassen. Die Stimme der deutschen Bauern werde an den deutschen Thronen nicht verhallen. (Stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende des Rheinischen Bauernvereins, Pilgram (Reh), bemerkte: Ein Zoll von 10 M. würde ungefähr die Produktionskosten decken. Als Minimalzoll seien 7 M. 50 zu fordern. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Uebermann von Sonnenberg, mit stürmischem, nicht endenwollendem Beifall und Hochrufen empfangen, bemerkte: Er könne sich nicht denken, daß die deutsche Reichsregierung die deutschen Landwirte dem Untergange ausliefern werde. Es machen jetzt alle Berufsstände mobil. Selbst die Kommerzienräte versuchen, die Sozialdemokraten für sich zu gewinnen. Allerdings finde das Liebeswerben der Kommerzienräte in der sozialdemokratischen Presse nur ein kaltes Echo. Unter den Comissen thue aber auch bei den Sozialdemokraten das rote Gold seine Wirkung. (Stürmischer Beifall.) Die Sozialdemokraten haben gestern ein Ringblatt mit der Ueberschrift herausgegeben: „Was kosten und die Junter?“. Er sei der Meinung, viel mehr interessiere das deutsche Volk die Frage: „Was kosten uns die Juden?“ (Stürmischer, nicht endenwollender Beifall.) Die jüdischen Vörendarons kosten dem deutschen Volke viele Millionen. (Stürmischer Beifall.) Ein Redner sagte: Die Juden haben kein nationales Empfinden. Dem müsse er widersprechen. Die Juden haben ein sehr großes nationales Empfinden, nur kein deutsch-nationales. (Stürmischer Beifall.) Wie die Juden es verstehen, Recht und Gerechtigkeit zu vertuschen, beweisen die Vorgänge in Konitz. (Stürmischer Beifall.) Die deutschen Junter und deutschen Bauern haben noch stets ihr Herzblut gepopt, wenn das Vaterland in Gefahr war, nicht aber die Wörsenjunter. (Stürmischer Beifall.) Das deutsche Volk müsse aber mit aller Energie verlangen, daß der englische Rebel, der sich zwischen den deutschen Kaiserthron und das deutsche Volk gelegt habe, baldmöglichst wieder verschwindet werde. (Stürmischer Beifall.) Fort mit aller Engländererei. (Stürmischer Beifall.) Wir wollen mit aller Energie für unsere Forderungen kämpfen und uns weder durch Drohungen noch durch Versprechungen beirren lassen. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Dr. Dertel: Die Sozialdemokraten seien bis jetzt gegen das Liebeswerben der Wörsenjunter kalt geblieben. Wie die gestrige Nummer des „Vorwärts“ aber beweise, haben die Sozialdemokraten nunmehr das Betteln der Vörendarone erhöht. Letztere seien ja auch die Stammesgenossen des großen Singers. (Stürmischer Beifall.) Der große sozialdemokratische Prophet Karl Marx sagte: Die Sozialdemokraten müssen freihändler sein, dadurch werde die Revolution geschaffen. (Wui, hort! Wui!) Er gebe sich der Hoffnung hin, der Fürst, der aus dem deutschen Kaiserthron süh, werde es nicht zulassen, daß die festesten Stützen von Thron und Altar untergehen und die Revolution herausbeschworen werde. (Stürmischer Beifall.)

Die einstimmig angenommene Resolution:

Von der Gestaltung des neuen Zolltarifs und der zukünftigen Handelsverträge hängt die endgültige Entscheidung über das Geschick der deutschen Landwirtschaft ab: eine zweite Periode der Schädigung ihrer Lebensinteressen würde sie nicht überleben. Die deutsche Landwirtschaft muß deshalb bei der bevorstehenden Neuordnung unserer Handelsbeziehungen einen gleichmäßigen Schutz aller ihrer Produkte verlangen, welcher genügend ist, um ihr dauerndes Gedeihen für alle Fälle zu gewährleisten. Die Mindestsätze des neuen Zolltarifs sind so zu bemessen, daß sie die Erhaltung auskömmlicher Durchschnittspreise, wie sie die beiden Jahrzehnte 1870—1890 aufwiesen, ermöglichen, dürfen nicht unterschritten werden und sind nur denjenigen Ländern zu gewähren, welche auch ihrerseits Deutschland ein gleiches Entgegenkommen zeigen. Für diejenigen Länder, welche Deutschland zollpolitisch ungünstig behandeln, sind die Sätze eines ausreichend hoch bemessenen Generaltarifs in Anwendung zu bringen. Bevorzugungen des Handels mit ausländischen Erzeugnissen durch Zollreduktion oder Tarifermäßigungen, welche die Wirkung der Zölle beeinträchtigen, sind zu beseitigen.

Die deutsche Landwirtschaft wird, frei von jeder Einseitigkeit, stets bereit sein, auch für die Wahrung der Interessen der übrigen produktiven Stände einzutreten, kann dies aber nur unter der Voraussetzung vollster Gegenseitigkeit der Unterstützung, welche sie namentlich von Seiten der Industrie mit Bestimmtheit erwartet.

Nur wenn allen Erzeugnissen des großen landwirtschaftlichen Gewerbes in Ost und Nord, in West und Ost ein

gleichmäßiger Schutz zu Teil wird, kann es gelingen, eine dauernde Besetzung desselben zu sichern; an unsre Berufsgenossen im ganzen deutschen Vaterlande richten wir deshalb die dringende Mahnung, Einzelwünsche und lokale Sonderinteressen zurücktreten zu lassen und jede Einseitigkeit zu vermeiden.

Unter dem Schutze eines unter Berücksichtigung aller Interessen aufgestellten Zolltarifs wird auch die deutsche Landwirtschaft sich zu neuer Blüte entwickeln können, diese wird aber nur dann von Bestand sein, wenn die deutschen Landwirte es endlich lernen, bei der Preisbestimmung für ihre Erzeugnisse selbst maßgebend mitzubewirken, wenn sie den Gemeinwohl, welcher jetzt sie zu einem politischen Machtfaktor gemacht hat, auch auf dem wirtschaftlichen Gebiete beizuhilfen, sich zu großen Verkaufsverbänden zusammenschließen, deren Zweck nicht ungesunde Preistreiberi, sondern weise Regelung der Produktion und möglichst gleichmäßige Innehaltung mittlerer Preise sein muß.

Wir wollen nicht vergessen zu erwähnen, daß nicht ein einziger Satz auf der Versammlung gesprochen worden ist, der auch nur entfernt den Anspruch erhebt, als eine ernsthafteste Begreifung der agrarischen Forderungen oder eine wissenschaftliche Widerlegung der gegnerischen Argumente zu gelten. Präsen nichts als Präsen! Graf Bäckers Geist waltete über dem Ganzen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Februar.

Gegen den Kornwucher.

Gerade zur Stunde, da die Agrarier im Circus Busch den neuen Sieg des Kornwuchers jubelnd zu feiern gedachten, wird ihnen der machtvoll einsetzende Widerstand der auszuländernden Volksmassen peinlich fühlbar. Durch den Anstich der Wänderreden ging die leise Ahnung, daß man doch noch nicht „über den Berg hinaus“ ist, und Dr. Köpcke, Vorsitzender des Bundes der Landwirte, rief seine Getreuen ein wenig zur Ernüchterung, indem er mahnend erinnerte, daß nicht zum erstenmale in Deutschland eine schon beschlossene Sache durch „künstlichen Blättersturm“ befeitigt worden sei. Es ist nicht ein Sturm in den Blättern, vor dem den Agrariern bangt. Aber sie beginnen zu fühlen, daß, nachdem die Regierung sich auf die Kornzoll-Erhöhung verpflichtet hat, die Größe der Gefahr der Volkse zu Bewußtsein gelangt und damit der eigentliche Kampf um den Kornwucher erst beginnt.

Die ersten Kundgebungen der Sozialdemokratie gegen den Korn- und Brotwucher haben die Agrarier- und Hochschulzöllner bereits in große Entrüstung versetzt. Die „Berliner Neuesten Nachr.“, die „Deutsche Tagesztg.“, die „Berl. Pol. Nachr.“, die „Staatsbürgerzeitung“ beschäftigen sich eifrig mit dem Aufbruch der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion, mit den Artikeln unseres Blattes und dem am Sonntag in Massenauflage in Berlin verbreiteten Flugblatt. Aber so groß der Eifer der Abwehr, so gering der sachliche Gehalt. Da man die Thatsachen der Brotverteuerung, der Erschwerung der Handelsverträge, der Schädigung der gesamten nicht-junkerlichen und nicht-großbäuerlichen Bevölkerung durch die geplante Zoll-Erhöhung nicht widerlegen kann, sucht man nach allerlei lächerlichen Ausflüchten.

Die „Berl. Neuest. Nachr.“ verkünden weisheitsvoll, es habe Zeiten gegeben, wo es noch gar keinen Getreidezoll gab und wo das Brot noch teurer war, als es jetzt ist und als es durch die Zoll-Erhöhung werden kann. Warum begründet denn das kluge Blatt die Notwendigkeit der Brotverteuerung nicht durch den schlagenden Hinweis, daß es früher sogar Hungersnöthe gegeben hat, in denen Tausende von Menschen umkamen? Nach den „Berliner Neuest. Nachr.“ ist es freilich auch ein Ausfluß bödsartiger Ungleichheit, wenn der Arbeiter ein sauberes Hemd auf dem Leibe zu tragen verlangt, stattdem vor einigen Jahrhunderten der Besitz eines linnenen Hemdes für Fürsten ein Luxus war.

Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt, aus unsren eignen Zahlen gehe hervor, daß in Zeiten niedrigeren Zolls der Getreidepreis oft höher gewesen sei als in Zeiten höheren Zolls. Aus dieser allerdings niemals von uns bestrittenen Thatsache folgert die „Deutsche Tageszeitung“ — die Verechtigung der Zoll-Erhöhung. Bescheidenere Ansprüche an sein Denkvermögen kann das Wänderblatt nicht stellen. Durch die Entdeckung, daß der Getreidepreis nicht allein von der Höhe des Zolls abhängt, wird selbst der Thörichtste nicht über die in jedem Fall preissteigernde Wirkung der Zoll-Erhöhung hinweggetäuscht werden.

Am genialsten verfährt natürlich die „Staatsbürger-Zeitung“. Sie erheitert den Ernst der Zeit, indem sie die sozialdemokratische Fraktion als eine „Gruppe des internationalen Händlerbundes“ entlarvt. Die Juden seien die eigentlichen Brot- und Lebensmittelwucherer; „als Schutzgarde dieses Judentums betreibt die Sozialdemokratie und niemand anders den ruchlosesten Brot- und Lebensmittelwucher.“ Doch — mögen die Händler auch allen Jorn der „Staatsbürger-Zeitung“ verbieten — leider sind es augenblicklich nicht die Händler, die eine Erhöhung ihres Profits vom Staate und auf Volkskosten verlangen, sondern zufällig die nothleidenden Landwirte. Die „Staatsbürger-Zeitung“ sollte den Landwirten aber raten, von ihrem Verlangen nach Zoll-Erhöhung abzusehen, denn, wenn der Zoll erhöht wird, die Juden knöpfen den Juntlern doch den Gewinn ab — wozu also alles eifrige Bemühen?

Protest-Veranstaltungen.

In Frankfurt a. M. fand am 10. d. M. eine Protest-Veranstaltung gegen die Erhöhung der Lebensmittelzölle statt. Es sprachen der Landtags-Abgeordnete Funk, Genosse Adolf Baumann und Reichstags-Abgeordneter Dr. v. Siemens, sämtlich unter großem Beifall der Versammlung, die aus Angehörigen aller Klassen und aller Parteien bestand. Es wurde folgende Resolution angenommen:

Die heute versammelten, dem Handel, der Industrie, wie andern Erwerbsständen angehörenden Bewohner der Stadt Frankfurt a. M. und deren weiterer Umgebung erheben Protest gegen die von agrarischer und hochschulzöllnerischer Seite ausgehenden Bestrebungen, welche die gesunde Grundlage unseres glänzenden handelspolitischen Verhältnisses zu den wichtigsten Staaten durch die Forderung der Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel und der Rückkehr zu industriellen Hochschulzöllen zu erschüttern beabsichtigen.

Die Versammlung erklärt, daß an der Handelspolitik des letzten Jahrzehnts, welche Deutschlands wirtschaftliches Gedeihen in einer bisher unerreichten Weise gefördert hat, unbedingt festgehalten werden muß; die Interessen weiler Volksschichten, welche durch eine verkehrte Handelspolitik und die Erhöhung der Lebensmittelzölle schwer betroffen würden, dürfen nicht den Wünschen eines Teils der Landwirtschaft und einiger Industriezweige zum Opfer gebracht werden.

Die Versammlung richtet an den Bundesrat und den deutschen Reichstag die dringende Bitte, bei der Erneuerung der Handelsverträge und allen vorbereitenden Schritten an der bisher bewährten Handelspolitik festzuhalten und unter keinen Umständen einer Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel zuzustimmen.

Aus Mainz wird uns geschrieben: In einer am 10. Februar abgehaltenen, gut besuchten Versammlung wurde nach einem Referat des Landtags-Abgeordneten Dr. David über die Brotwucherpollitik folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung protestiert aufs schärfste gegen die vom Großgrundbesitzer geplante Brotverteuerung, in der sie eine große Gefahr für die gesamte Entwicklung unsres Volks sieht.“

Der Reichstag

war am Montag sehr schwach besetzt. Die Rechte fehlte fast ganz, und erst gegen 5 kamen die Blünder vom Circus zurück. Der Rest des Justiz-Etats wurde debattelos erledigt. Erst bei der 3. Lesung wird das Gesetz zwischen dem Genossen Heine und den Herren Nieberding und Schönstedt fortgesetzt werden.

Beim Etat des Reichs schah am 11. fehte eine lebhafteste Debatte ein, die die verschiedensten Gegenstände berührte: Sacharingsgesetz, Zolltarif und Termin seiner Einbringung, Verschuldung der neuesten Jubiläumsmünzen, Ausprägung von 25-Pfennigstücken, falsche Orthographie auf Geldscheinen, Pumpwirtschaft des Reichs usw. wurden berührt, und auch auf den Mittelhand-Kanal kam die Debatte. Dr. Bötel beurteilte seine Aussichten günstig, Dr. Dertel, der mehr davon wissen muß, äußerte große Zweifel. Wann der Zolltarif an den Reichstag kommt, konnte Schachsekretär Freiherr v. Thielmann immer noch nicht sagen. Jedenfalls versicherte er den Wählern, daß mit größtem Eifer an der Fertigstellung des Tarifs gearbeitet werde. Auch nahm er für sein Amt den Ruhm in Anspruch, daß es ebenso wie das Reichsamt des Innern an den Vorarbeiten beteiligt gewesen sei. Herr Dertel konstatierte schmunzelnd, daß auch das Reichsamt d. d. l. g. v. d. n. Agrarien kapituliert habe. Das Sacharingsgesetz ist nicht zum Abschluß gebracht, weil die leitenden Stellen noch nicht darüber einig sind, ob die künstlichen Süßstoffe starken Verkehrsbeschränkungen unterworfen oder stark besteuert werden sollen. Herr Dertel rief, das eine zu thun und das andre nicht zu lassen; das würde dem Fuderschindikat am besten gefallen.

Der Etat der Reichs schuld und des Rechnungshofs wurde debattelos bewilligt. Beim Etat für die Verwaltung der Eisenbahnen setzte eine längere Debatte ein, die noch nicht zum Abschluß kam. Eröffnet wurde sie von unsrem Genossen Segitz, der in sachkundiger Weise den Thielenschen Fiskalismus der Eisenbahnverwaltung beleuchtete, die Abschaffung der menschenunwürdigen 4. Klasse verlangte und die Einführung der Centralkupplung und die elektrische Beleuchtung der Eisenbahnen forderte. Die schlechte Bezahlung der Eisenbahnarbeiter und Bediensteten und ihre überlange Arbeitszeit wurde von unsrem Redner scharf verurteilt.

Herr v. Thiele n, der im unbezahlten Nebenamt Chef der Reichseisenbahnen ist, überließ die Antwort auf diese Angriffe seinen freiwilligen Regierungskommissaren Gamp und Paasche, denen sich auch der Kommerzienrat Schumberger zugesellte, der in Wülhausen an Quebs Stelle als Kandidat der Protestler gewählt und dann der national-liberalen Fraktion als Mitglied beigetreten ist.

Er sorgte bei seinem ersten Auftreten dafür, daß ihm in Zukunft wohl keine Stimme eines Eisenbahners mehr zufallen wird. Er erklärte nämlich die Löhne, die die Reichs-Eisenbahnverwaltung zahlt, für außerordentlich hoch, wie er überhaupt alles, was im Reich Thiele geschicht, für vortrefflich erklärte.

Herr von Thiele begrüßte diesen Bundesgenossen mit Jubel und bedankte sich, indem er seinerseits die Arbeiterfreundlichkeit des Herrn Kommerzienrats über den grünen Alee lobte. Außerdem leistete er sich die köstliche Nebenbume, man müßte die vierte Wagenklasse erfinden, wenn sie nicht zum Glück bereits existierte. Dies hohe Lied von der vierten Klasse, in der es sich für andre Leute so herrlich fährt, wurde auch von den Herren Gamp und Paasche gesungen.

Dienstag geht die Beratung weiter. Außerdem ist die Chinavorlage und die Reliktenvorlage für die China-Krieger auf die Tagesordnung gestellt.

Im Abgeordnetenhaus

berst nach den stürmischen Debatten der letzten Tage wieder die übliche Ruhe. Die am Montag fortgesetzte Beratung des Etats der Justizverwaltung beansprucht nur geringes Interesse. Zahlreiche Redner brachten lokale Wünsche vor; von anderen wurde eine Reform des Vorbereitungsdienstes für den höheren Justizdienst, die Verwendung der Stenographie bei der gerichtlichen Protokollführung, die Zuziehung zahlreicher Dolmetscher für die polnische Sprache in Oberschlesien und dergl. verlangt; auch wurde, wie alljährlich, über die Belastung der Richter infolge der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs gellagt. Größere Bedeutung beansprucht die Anregung des Abgeordneten Trimbora (L.), bei den Prüfungen für den höheren Justizdienst mehr Rücksicht auf die sociale Gesetzgebung zu nehmen. Minister Schönstedt, der sonst auf fast jeden Redner erwiderte, ließ diese Anregung unbeantwortet. Mit großer Mehrheit beschloß das Haus noch, die Regierung zu ersuchen, die zeitigen Anstellungen- und Rangverhältnisse der etatsmäßigen Staatsanwälte anderweit in einer der Stellung dieser Beamten entsprechenden Weise zu regeln.

Am Dienstag soll die Beratung des Justizetats zu Ende geführt und die des Etats des Ministeriums des Innern begonnen werden.

Deutsches Reich.

Die Geschäftslage des Reichstags.

Der Seniorenkongress war am Montag vom Präsidenten einberufen worden, um über die Geschäftslage des Reichstages für die nächste Zeit zu beraten. Der Präsident teilte mit, daß er die Absicht habe, dem Hause vorzuschlagen, vom 22. März bis 16. April Osterferien zu machen. Dies sei jedoch nur möglich, wenn bis dahin die Etatsberatung inkl. des Reichsgetats (China) in allen 3 Lesungen beendet sei. Um dies zu erreichen, sei es wünschenswert, daß die Beratungen einen schnelleren Fortgang nehmen als bisher. Auch sollen vor Ostern keine Schwerinstage mehr stattfinden, um die ganze Zeit der Etatsberatung widmen zu können. Falls die Etatsberatung doch längere Zeit in Anspruch nähme, könnten die Osterferien erst am 29. März — also Freitag vor Palmsonntag — beginnen.

Der Nachtragsetat für die Chinazahlung sollte in einigen Tagen zur zweiten Beratung gelangen und wenn möglich noch diese Woche verabschiedet werden. Die übrigen Regierungsvorlagen sind noch in den Kommissionen und werden vor Ostern für das Plenum nicht mehr beratungsfähig.

Auf eine Anfrage, wann auf die Einbringung des Zolltarifgesetzes zu rechnen sei, erklärte der Präsident, daß nach seinen Informationen zur Zeit niemand, auch der Reichskanzler selbst nicht, wissen könnte, wann der Tarif dem Reichstage zugehen werde. Der Entwurf hätte noch eine Reihe von Instanzen zu durchlaufen und welche Zeit dies in Anspruch nähme, sei nicht einmal annähernd voranz zu sagen. Auf die Versicherung, daß voraussichtlich nicht zu lange Zeit für die Prüfung bei den Einzelstaaten notwendig sei, da die Regierungen im allgemeinen mit den Reichslisten des wirtschaftlichen Ausschusses einverstanden seien, wurde erwidert, daß Reichskasse in diesem Ausmaß überhaupt nicht gefordert werden seien und daß die Thätigkeit des Ausschusses sich auf Besprechungen ohne Abstimmung beschränkt habe.

Mit der Bitte an die Senatoren, in ihren Fraktionen nach Möglichkeit dahin zu wirken, daß der von ihm in Aussicht genommene Termin innegehalten werden kann, schloß der Präsident die geschäftliche Besprechung.

Unter Vorsitz des ersten Vizepräsidenten Dr. v. Frege beriet der Senatorenkonvent dann den vom Abg. Schmidt (Eberfeld) gemachten Vorschlag, wonach für die Folge auch bei den nichtständigen Kommissionen den Vorsitz unter den verschiedenen Fraktionen wechseln soll. In der fünf ständigen Kommissionen (Geschäftsordnung, Wahlprüfung, Budget, Rechnungs- und Petitionen-Kommission) ist nach diesem Grundsatze verfahren worden, während in den bisher in dieser Session eingesetzten acht Kommissionen 3 Centrums-, 3 national-liberale und 2 konservative Abgeordnete den Vorsitz führen. Die Linke ist dabei vollkommen übergegangen worden.

In der sich an den Vorschlag knüpfenden Diskussion wurde die Berechtigung desselben allseitig anerkannt, und vereinbart, daß künftig der Vorsitz in den Kommissionen nach einem noch aufzustellenden Turnus unter den Fraktionen abwechselnd verteilt werden soll.

Ex-König Milan von Serbien ist am Montag in Wien gestorben, im Alter von 46 Jahren. Bereits im Alter von 14 Jahren bestieg er den serbischen Thron, der damals noch ein Fürstenthum war. Mit 28 Jahren legte er nach einem siegreichen Krieg die Proklamierung Serbiens zum Königreich durch. 1888 wurde er von seiner Gemahlin geschieden, im folgenden Jahre verließ er zu Gunsten seines 19jährigen Sohns Alexander auf die Krone. Milan war nichts weniger als ein Musterregent, dafür aber verstand er die Standeschronik gekönter Häupter durch seinen Lebenswandel um ein starkes Kapitel zu bereichern. Daß er nicht nur ein treuer Gatte, sondern auch ein zärtlicher Vater war, beweist der Umstand, daß er noch kürzlich die Arme seines Sohns zur Erhebung gegen den König aufreizte.

Ruhig Blut! So mahnt die „Deutsche Tageszeitung“ ihr Volk anlässlich der Roberts-Ehrung durch Wilhelm II. Es sei ein Akt familiärer und internationaler Höflichkeit und darum „verzichtend wie auf eine Krone, die einerseits nichts Neues bieten würde, andererseits keinen greifbaren Zweck erreichen könnte.“

Dem Ohren, der da Wunderzähle herauszudrehen sucht, ist eben das Maul verbanden. Die ideale Vorentscheidung muß verstimmen vor der realen Rücksicht auf den Profit! —

Jum Offiziersmord in Wörthingen.

Die heute vorliegenden näheren Mitteilungen über die Feststellungen vor dem Kriegsgericht über die Ereignisse an dem verhängnisvollen Abend liefern noch interessantes Material zur Beurteilung der Todesstrafe. Soweit die Vorgeschichte der thätlichen Beleidigung des Oberstabsarztes Müller durch den Hauptmann Adams in Frage kommt, bestätigte die Verweigerung die von uns in der Sonntags-Kolumne abgedruckte Darstellung des Straßburger Blatts. An der Anekdote der Offiziere herrschte eine animierte Stimmung, die außer durch Singen und Neben ihren Ausdruck im Kommandieren von sogenannten „Bierjungen“ fand. Hauptmann Adams, der angeheitert war, stieß ein Glas um und wurde, als er noch weitere Gläser umwerfen wollte, durch den Oberstabsarzt Müller daran gehindert, worauf er ihm zwei Schläge ins Gesicht versetzte. Der Beleidigte weigerte sich, Abbitte zu leisten und setzte sofort die Bedingungen des Duells fest, und zwar: zehn Schritte Barriere, Korn und Wiste stehen, Kugelwechsel bis zur Kampfunfähigkeit, also die denkbar schwersten Bedingungen! Die Beleidigung dieser Sache in dieser Form und in dieser Stimmung erscheint uns so auffallender, wenn man bedenkt, daß jeder der Teilnehmer des Banketts bereits außer einem Glas Cherry, einer Flasche Zellinger und einer Flasche Carlo bianco noch vier getrunken hatten, also wohl kaum in der Verfassung waren, die Angelegenheit mit der erforderlichen Ruhe zu behandeln.

Oberleutnant Müller erklärte vor dem Kriegsgericht seine That für eine Verzweiflungsthat, die er begangen habe, um seinen Bruder, der an ihm nach dem derzeitigen Tod seines Vaters Waterstelle vertreten habe, der Familie zu retten. Außerdem habe er sich im Zustande des Rausches befunden. Die Absicht, Adams tödlich zu verletzen, habe er nicht gehabt.

Der Staatsanwalt führte u. a. aus, daß Oberleutnant Müller schon früher zum Trinken und zu Gewaltthatigkeiten Neigung bewiesen habe. Sein Regiment's-Commandeur habe ihn schon gewarnt: „Es wird Ihnen einmal ein Malheur“ passieren.

Die einfachen, vor dem Kriegsgericht festgestellten Thatsachen der ganzen Vorgänge bei dieser Kaisergeburtstagsfeier lassen jede weitere Kritik überflüssig erscheinen! —

Die Reichstags-Wahlwahl in Aachen-Stadt hat, wie nicht anders zu erwarten war, gleich im ersten Wahlgange mit dem Siege des Centrums kandidaten Landtagsabgeordneten Sittart geendet. Aachen ist diejenige Großstadt in Deutschland, die absolut und verhältnismäßig die kleinste sozialdemokratische Stimmenzahl aufweist. Man denke: eine Stadt mit weit über 100 000 Einwohnern giebt noch keine 2000 sozialdemokratische Stimmen ab. Bis zum Jahre 1890 betrug die sozialdemokratische Stimmenzahl noch nicht tausend; dann stieg sie auf 1744, 1893 auf 3029; 1898 sank sie auf 2596 und jetzt bei der Nachwahl auf unter 2000. Genau steht die Zahl noch nicht fest; die privaten Ermittlungen schwanken zwischen 1708 und 1985 Stimmen. Man muß die amtliche Feststellung abwarten. Die Centrumsstimmen sind jedesmal mit den sozialdemokratischen Stimmen gesiegen und gefallen. Im Jahre 1887 hatte das Centrum schon einmal 9000 Stimmen, dann sank es auf 4300 und 5700. 1893 hatte es wieder 8860 Stimmen, 1898 7900 und diesmal nur 5135 Stimmen. Prozentual hat das Centrum diesmal mehr Stimmen eingebüßt, als die Sozialdemokratie. Das rührt zum Teil her von der Wahlenthaltung der wohlhabenden Centrumsstimme, die mit ihrem Entzören, dem beigeordneten Köchener Bürgermeister Klausener, bei der Kandidatenausscheidung gegenüber der radikalen Centrumsrichtung in der Minderheit geblieben waren.

Der „Volkstfreund“ sagt, daß Tausende von katholischen Kleinbürgern, Arbeitern usw. ebenfalls der Abstimmung sich enthalten haben. Es mag darauf von Einfluß gewesen sein, daß Herr Sittart in seiner Rede sich der bestimmten Erklärung zu den Progen der indirekten Lebensmittelsteuer, der Erhöhung der Getreidezölle und neuer Forderungen für Meer und Marine enthielt. Es ist nun einmal eine Thatsache, daß in den weitesten Kreisen der christlich-socialen Arbeiterschaft eine solche Erklärung erwartet wurde.

Die Leser erinnern sich des von uns wiederholt erwähnten Schreibens, worin die Vertreter christlicher Arbeiterorganisationen vor der Wahl von dem Centrums-kandidaten bestimmte Erklärungen verlangten. Herr Sittart gab eine ausweichende Antwort und vertöschte auf eine öffentliche Wählerversammlung. In dieser aber erklärte Herr Sittart: „Ich binde mich nicht! In keiner Frage! Frei gebe ich nach Berlin!“ Er hielt eine jener arbeitertreulich schillernden Reden, wie man sie aus Centrumsmunde gewohnt ist, die zu nichts verpflichten und in der Regel die erste Exprosa auf der Leiter darstellen, deren letzte der Inhalt ist.

In der Versammlung trat ein Vorkämpfer der christlich organisierten Textilarbeiter, Weber Rieder, auf, um die Sympathie der Arbeiter für die Kandidatur Sittart auszudrücken. Von der einige Tage früher wahrnehmbaren Unsicherheit der Vertreter christlich-socialer Organisationen gegenüber der Kandidatur

wor nichts zu spüren. Man darf das wohl darauf zurückführen, daß der Weber Kappels, der älteste und eifrigste Führer der christlichen Organisationen, der nämlich, der den Brief im Einverständnis mit anderen christlichen Arbeitervertretern an den Landtags-Abgeordneten Sittart nach Berlin geschickt hatte, am Morgen desselben Tags plötzlich am Herzschlag gestorben war. Anders läßt es sich nicht gut erklären, daß die katholischen Arbeiter auf die Erklärungen des Kandidaten verzichteten.

Vollständig verboten wurde in Dortmund, wie die „Rhein-Westfälische Zeitung“ berichtet, das Ankleben von Plakaten an den Anschlagstulen für eine öffentliche Sympathieumgebung für die Voeren, in der ein Vortrag: „Der Raubzug Englands nach Transvaal“ auf der Tagesordnung stand.

Die Dortmund'sche Polizei behandelt also die Voerenfreunde bereits ebenso wie die Berliner Polizei die — Anarchisten. —

Sonnen-Hehheit. Im frommen „Reichsboten“ lesen wir: Wie nötig die Theaterzensur ist, beweist der Abdruck eines Gedichtes in der Beilage des „Verl. Tagebl.“, welches eine französische Zingelangel-Sängerin jetzt hier im Metropol-Theater vorträgt, ein angeblich normännisches Volkslied — „Der Tod des Chemanns“ —, das so christlich gemein ist, daß man kaum begreift, wie ein Weib das gemeine Zeug singen und wie eine Zuhörerische es anhören kann!

So rüdig und blöd wird eine der größten und ernsthaftesten Künstlerinnen der Gegenwart, Hedde Guldberg beschimpft. Und das „christlich gemein“ Gedicht, das „gemeine Zeug“ ist ein herbes dühleres Volkslied, dessen Motiv und Art auch im deutschen Volkslied nicht unbekannt ist.

Wenn dieser Vortrag „gemeines Zeug“ ist, so ist die ganze Volksliteratur, die klassische und die volkstümliche, um mit Säuer zu reden, hundsgemein. —

Die Aufhebung des Octrois.

Aus Offenbach a. M., 7. Februar, schreibt man uns: Bei Beratung des Etats der Stadt Frankfurt a. M. hatte Genosse Dr. Quard auch die Aufhebung des Octrois in Vorschlag gebracht. Darauf glaubte ihn Herr Sonnemann auf die Ratschorsstadt Offenbach verweisen zu müssen, wo die socialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit noch nicht an die Aufhebung des Octrois denke. Erst in einer späteren Sitzung mußte dieser Herr zugeben, daß freilich das Octroi auf Brot, Mehl und Hafer im Betrage von über 30 000 M. durch die Socialdemokraten aufgehoben sei, immerhin verbliebe aber noch eine Einnahme von 800 000 M. (darunter allein über 100 000 M. für Einführung von Kohle) aus Octroigebühren. In der heutigen Stadtverordneten-Sitzung gab bei der Beratung des Voranschlags für 1901/1902 Genosse Ulrich dem Frankfurter Demokratenführer eine deutliche Antwort. Er betonte, daß die Socialdemokraten eben im Rahmen der bestehenden Weisung arbeiten müßten und nicht thun könnten, was sie thun möchten. Dinge es nach dem Willen der Socialdemokraten, so wäre das Octroi längst gefallen und an seine Stelle eine besonders die besterhielten Klassen kräftiger heranziehende Progressivsteuer getreten. So müsse man aber mit den Verhältnissen rechnen und könne nur Jug für Jug weitergehen. Daß die Socialdemokraten in dieser Richtung noch nicht mehr thun konnten, daran sei vor allem die frühere nationalliberale Mehrheit schuld, die ihren Nachfolgern eine große Anzahl der wichtigsten und bereits früher auszuführenden Aufgaben hinterlassen habe, die allerdings in den paar Jahren, wo die Socialdemokraten in größerer Anzahl im Stadtrat saßen, ganz erhebliche Ausgaben ausgemacht hätten. Er erinnere dabei an die Errichtung der Wasserleitung, des Gaswerks, Pfasterungsarbeiten, bessere Ausgestaltung der Schulverhältnisse, wesentliche Erhöhung der Beamtengehälter und der Löhne der städtischen Arbeiter usw. Alle diese wichtigen Fragen seien wohl früher bereits auf der Tagesordnung gewesen, aber die Herren Liberalen hätten sich von der Lösung derselben gedrückt und jetzt hätten die Socialdemokraten die Ausführung dieser notwendigen Dinge zu übernehmen gehabt. Man könne eben unter solchen Umständen nicht eher an die völlige Aufhebung des Octrois herantreten, ehe man nicht geeignete andere Deckungsmittel habe. Er gebe sich aber der begründeten Hoffnung hin, daß in 3 Jahren ein kommunalsteuerergesetz zu Stande gekommen sein werde, das die Handhabe zur Aufhebung des Octrois bieten werde.

Ausland.

Die Unruhen in Spanien.

Die Unruhen in Spanien, die sich in Madrid, Valencia, Barcelona, Valladolid und Granada mehrere Tage hintereinander wiederholten, hoben einen derart ersten Charakter angenommen, daß die Regierung beabsichtigen soll, über ganz Spanien die Belagerungszustand zu verhängen. Es handelt sich keineswegs nur um Demonstrationen gegen den Grafen Cafarta, sondern um einen neuen Ausbruch jener verhängnisvollen Wägung, die in der letzten Zeit wiederholt in Straßenkämpfen zum Ausdruck kam, die sich augenblicklich besonders gegen die Jesuiten und die päpstliche Pöbelwirtschaft richtet, die aber ihre Wurzeln hat in den traurigen politischen und wirtschaftlichen Gesamterhältnissen des Landes. Daß die Hundgebungen sich in erster Linie gegen die Jesuiten richten, findet seine Erklärung in dem Umstand, daß die Weiskheit und die Orden an der Verrottung der Zustände ihr vollgerichtetes Maß der Schuld tragen.

Vermert sei, daß den 23 000 Lehrern ca. 60 000 Priester, Mönche und Nonnen gegenüberstehen. Wie würde es erst um die Volksbildung aussehen, wenn jetzt noch wie im Jahre 1787 der Alexus 187 000 Personen zählte! —

Ueber die Unruhen am Sonntag und Montag liegen folgende Telegramme vor:

Madrid, 10. Februar. In den späten Abendstunden kam es gestern zu einem Zusammenstoß zwischen Studenten, die eine antiklerikale Kundgebung veranstalteten, und der Polizei. Zwei Polizeioffiziere wurden durch Steinwürfe verwundet; auch ein Student erhielt Verletzungen, 30 wurden verhaftet. — Bei den Kundgebungen in Valladolid richteten die Studierenden Steinwürfe gegen die Klöster. In Barcelona demonstrierten die Studenten vor dem Priesterseminar unter den Rufen: „Es lebe die Freiheit!“ „Wieder mit dem Alerikalismus!“ Gestern Abend wurden die Wagen des Runtius und des Ministers des Innern mit Steinen beworfen. Vor einer Wuchshandlung explodierte eine Petarde und verursachte einigen Schaden.

Granada, 11. Februar. Die Kundgebungen haben sich im Laufe des Tages wiederholt Manifestanten durchzogen unter den Rufen: „Es lebe die Freiheit!“ und „Wieder mit den Jesuiten!“ die Straßen und bewarfen ein Jesuitenkloster mit Steinen. Als darauf aus dem Innern des Klosters einige Flintenschüsse abgegeben wurden, stieg die Erregung der Menge aufs höchste. Der Kräftedrang in das Kloster ein und stellte fest, daß die Eskorte von zwei Gendarmen, die sich im Kloster befanden, abgegeben worden waren. Die Menge verfuhr nun gegen das Kloster vorgubringen, wurde aber von der Gendarmerie auseinandergetrieben.

Eine Anzahl Unruhstifter versuchte in eine Waffenhandlung einzubringen, um sich mit Waffen zu versehen. Der Waffenhändler schoß auf die Angreifer. Die Polizei zerstreute die Unruhstifter, von denen einer leicht verwundet wurde. Die Ruhe ist wieder hergestellt.

Valencia, 11. Februar. Heute fanden hier in den Straßen neue Kundgebungen statt, die von dem Deputierten Ganez geleitet wurden. Die Manifestanten verurteilten, ein Kloster mit Petroleum in Brand zu setzen, doch gelang es der Gendarmerie, dies zu verhindern. Einige andre Klöster wurden mit Steinen beworfen.

Frankreich.

Der Papst und das Vereinigeseh. Aus Paris wird gemeldet: Die Verantwortung, hatte der französische Gesandte beim Vatikan dem Papst folgenden Kompromiß vorgelegt: Der Jesuitenorden in Frankreich soll aufgehoben und die andren Orden unter Gerichtsbarkeit der Bischöfe gestellt werden. Der Papst erklärte jedoch, daß er sich zu einem Kompromiß niemals hergeben werde, worauf ihm die französische Regierung mitteilen ließ, daß es im Interesse der Kirche liege, die französische Regierung zu unterstützen. Wenn das jetzige Kabinett gestürzt würde, wäre es nur, um einem dem Vatikan noch viel feindlicheren Ministerium Platz zu machen. Der Papst forderte hierauf die Vertagung der Vereinigeseh-Vorlage.

Amerika.

New York, 10. Februar. Ein Telegramm aus Habana meldet: Die Verfassungs-konvention hat mit großer Mehrheit einen Verfassungartikel angenommen, welcher bestimmt, daß alle vor der Promulgierung der Verfassung gemachten Schulden nicht anerkannt werden sollen, ausgenommen diejenigen, welche im Interesse der Revolution vom 24. Februar 1895 ab kontrahiert worden sind. —

Der Voeren-Krieg.

Eine englische Niederlage.

die die Engländer bereits am 30. Januar erlitten, wird jetzt noch nachträglich gemeldet. Man wollte offenbar die Landesrainer nicht noch durch eine Hiebpost vermehren. Ueber dies bis jetzt gar nicht erwähnte Gefecht zwischen Bloemfontein und Smelders wird berichtet:

Eine aus verschiedene Waffengattungen zusammengesetzte Abteilung unter Major Crewe traf am Morgen des 30. Januar mit einem Convoi in Tabaalberg ein und hörte heftiges Feuergefecht von der andren Seite der Hügel her, wo Pilscher die Voeren in ein Gefecht verwickelt hatte. Crewe rückte vor, stieß auf die Voeren, welche vor Pilschers Lybittgeschossen sich zurückzogen und eröffnete ein Artilleriefeuer auf dieselben; die Voeren verschwanden jedoch alsbald. Alsdann begab sich die Abteilung Crewes in ihr Lager zurück und hielt bis zum Nachmittag Post. Hierauf wurde der Marsch wieder aufgenommen. Es kamen dann 200 Voeren in Sicht, diese sollten jedoch, wie sich nachher herausstellte, nur in die Falle locken, denn als die Engländer vorgeückt waren, wurde auf sie von drei Seiten ein heftiges Gewehrfeuer eröffnet. Das englische Nachhineingefecht wurde demolirt und mußte schließlich aufgegeben werden; bei dem Bemühungen, es zu retten, hatten die Briten schwere Verluste. Die Engländer, denen die Voeren an Zahl überlegen waren, wurden umgangen und waren genötigt, sich nach dem Lager kämpfend zurückzuziehen, retteten aber den Convoi. Am nächsten Morgen griffen die Voeren wieder an, und die Briten mußten weiter zurückgeben, bis sie schließlich bei Zfraksport von den Truppen des Generals Anoy aufgenommen wurden. Die Voeren standen unter De Wets persönlichem Befehl und zählten 2500 Mann, während die englische Abteilung nur 700 Mann stark war.

Das „Neuerische Bureau“ bemerkt zu der vorstehenden Depesche, dieser Kampf, über den bisher weder in offiziellen noch in privaten Depeschen berichtet worden, sei vermutlich die einzigen Aktionen, durch welche es De Wet gelang, durch die britischen Linien zwischen Bloemfontein und Ladysbrand auf seinem Wege nach Edenburg zu durchbrechen.

Ueber den neuesten Verbleib de Wets scheinen die Engländer sich vollständig im unklaren zu befinden.

Eine weitere englische Schlappo

wird aus der Kapkolonie gemeldet: Bei einem Kampfe, der am Freitag in der Nähe von Klipplaat Junction stattfand, verloren die südafrikanischen leichten Reiter 2 Tote, 5 Verwundete und 15 Gefangene.

Rehr Glad scheinen bis jetzt die Engländer bei Ermelo, im

südlischen Transvaal

gehabt zu haben. Ueber die dortigen Gefechte wird gemeldet: Kapstadt, 9. Februar. General French besetzte Ermelo; die Voeren, in der Stärke von 6000 Mann, zichen sich auf Amsterdam zurück.

Wie vom 6. d. M. aus Piet-Releef gemeldet wird, führten die Voeren einen heftigen Angriff auf Smith Dorrien's Vorposten bei Bothwell aus. Die Vorposten hatten schwere Verluste; der Feind wurde jedoch ebenfalls mit schweren Verlusten zurückgeschlagen.

Lord Klitchener selbst meldet darüber aus Pretoria vom 9. Februar: Die im Osten operierenden britischen Truppenabteilungen haben am 6. Februar Ermelo nach geringem Widerstand des Feinds eingenommen. Den Friedensunterhändler, der zum Tod verurteilt ist, und die übrigen Gefangenen haben die Voeren mitgenommen; alle Berichte betragen, daß die Voeren noch sehr erbittert sind. 50 Voeren haben sich den Engländern ergeben. Am 6. Februar, 3 Uhr morgens, hat Louis Botha mit 2000 Mann den General Smith-Dorrien bei Bothwell angegriffen, wurde aber nach schwerem Kampfe zurückgeworfen.

Zum Eisenbahn-Ueberfall bei Vlakfontein

werden noch einige Einzelheiten bekannt. Der Zug befand sich unter Bedeckung einer Abteilung von einem Offizier und 20 Mann, die dem Angriff der Voeren so lange Widerstand leisteten, bis die Munition vollständig erschossen war. Mehrere Passagiere wurden verwundet. Ein englischer Posten, der sich in der Nähe befand, traf zu spät ein, um Hilfe bringen zu können.

Die Pest.

Der „Standard“ meldet aus Kapstadt vom 10. Februar: Nunmehr sind in Kapstadt 13 Erkrankungen und zwei Todesfälle an Pest festgestellt worden.

Die neueste Tagesverlustrliste.

enthält für Sonnabend folgende Angaben: fünf Tote, fünf Verwundete, 25 an Krankheiten Verstorbenen und acht Gefangene.

Die Ziffern werden sich in den nächsten Tagen wieder gewaltig erhöhen!

Partei-Nachrichten.

Die socialdemokratische Partei Badens hält am 23. und 24. Februar eine Landesversammlung in Offenburg ab. Auf der Tagesordnung stehen unter andern Wahlstatistik und Wahlprogramm für die diesjährigen Landtagswahlen und die Beratung eines Gemeindepogramms.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Wegen Beleidigung eines Bauunternehmers wurde der verantwortliche Redacteur des „Volkstblattes“ für Anhalt, Genosse Günther in Dessau, zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Es handelte sich um einen Artikel im „Volkstblatt“, worin unsittliches Verhalten der Bauunternehmer geschildert wurde. Der materielle Inhalt des Artikels wurde erwiesen; die Verurteilung erfolgte wegen formaler Beleidigung.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik der Arbeiter der Paniker-Fahrradwerke in Magdeburg dauert fort. Da in Berlin Ersatzkräfte gesucht werden, so machen wir darauf aufmerksam, daß Magdeburg für Fahrradarbeiter aller Art gesperrt ist.

Die Firma Hirsch u. Cie. in Leipzig ist infolge von Lohn-
differenzen für Gürtler und Dreher gestoppt.
Deutscher Metallarbeiter-Verband,
Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Sattler! In der Treibriemenfabrik A. Schwarz
u. Co. (Inhaber E. Geitzel), haben sämtliche dort beschäftigten
Sattler, Weber und Hilfsarbeiter, im ganzen 42 Mann, am Montag
früh wegen Mängelregelungen die Arbeit eingestellt. Einer Kommission
der Arbeiter, die am Montag früh noch einmal mit Herrn Geitzel
verhandeln wollte, wurde von ihm einfach die Thür gewiesen. Es
blieb den Arbeitern unter diesen Umständen weiter nichts übrig, als
die Arbeit einzustellen.

Herr Geitzel, der in der vorigen Woche schon in auswärtigen
Blättern Ertrag für seine Arbeiter suchte, wird gewiß nichts un-
versucht lassen, seine Fabrik wieder zu füllen. Wir ersuchen darum
die Kollegen, den Zugang möglichst fern zu halten. Der Vor-
stand.

Deutsches Reich.

Die Leipziger Kürschner sind in einen Generalstreik ein-
getreten. Veranlassung hierzu gab die Mängelregelung von fünf
Arbeitern in einer Rauchwaren-Zurichterei und -Färberei in Wahren,
die am 23. Dezember v. J. erfolgte. Alle Verhandlungen zwischen
der Gehilfenkommission und den Arbeitgebern sind resultatlos ver-
laufen, worauf am Sonntag eine öffentliche Kürschnerversammlung
mit 256 gegen 84 Stimmen den Generalstreik beschloß. Die Kürschner
erklären in der Haltung der Meister einen Versuch, die im Vorjahre
getroffenen Vereinbarungen zu durchbrechen. In den 4 Geschäften,
die dem Arbeitgeberverband nicht angehören, wird weiter gearbeitet,
weil diese sich bereit erklärt haben, Gemäßregelungen einzuführen. Da
eingetragene Arbeit fertig gestellt werden muß, so wird erst am
Dienstag oder Mittwoch eine Uebersicht über den Umfang des Streiks
vorhanden sein.

In die Nacht erklärt. Einem von der Gelsenkirchener
Straßenbahn-Gesellschaft entlassenen Schaffner wurde
nachstehendes Zeugnis ausgestellt:

Gelsenkirchen, den 20. April 1900.
Zeugnis.

Der Ferdinand S. ist am 1898 in
unser Dienste eingetreten. Derselbe war bis zum 1900
bei unserer Straßenbahn in Gelsenkirchen als Schaffner und Wagen-
führer beschäftigt und schied am 1900 nach Ablauf seiner
Kündigungsfrist aus unseren Diensten. Seine Leistung war zu-
friedenstellend. Ueber seine Führung ist zu bemerken, daß er
gegen die von uns getroffenen dienstlichen Verfügungen
ohne unser Vorwissen vor versammeltem Fahr-
personal Stellung genommen und das Fahr-
personal zur Nichtanerkennung der Verfügung
zu beeinflussen gesucht hat. Des weiteren ist über
seine Führung zu bemerken, daß er sich gegen einen dienstlichen
Controleur ungebührlich benommen hat. Im übrigen ist uns Nach-
teiliges nicht bekannt.

Siemens u. Halske, A.-G.

Betriebsleitung

der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen, Gelsenkirchen.

gez.: Behrendt.

Wie konnte es auch der Arbeiter wagen, gegen die Verfügungen
der Direktion aufzutreten. —

Sociales.

Fünf Jahre Marken geliebt und doch keine Invaliden-
rente erhalten hat der invalide Schneider Bögler. Er ist nach
Eintritt der Invalidität mit seinen Rentenansprüchen von den zu-
ständigen Instanzen abgewiesen worden. Als Grund wurde an-
gegeben, daß er deshalb keine Rentenansprüche habe, weil er als
Schneider nur bei Privatleuten beschäftigt gewesen sei; durch ein
Erkenntnis des Reichs-Versicherungsamts aber sei festgestellt, daß
Schneider, welche nicht in Werkstätten gegen Lohn, sondern für
Privatleute in deren Wohnung vorübergehend arbeiten, nicht
versicherungspflichtig seien. Der überall abgewiesene Bögler wandte
sich nun mit einer Petition an den Reichstag. Er verwies auf seine
fünfjährige Beitragsleistung zur Invalidenversicherung und bat
um Gewährung der Invalidenrente. Diese Petition gelangte
in der letzten Sitzung der Petitionskommission des Reichstags zur
eingehendsten Beratung. Es wurde allgemein bedauert, daß an
der diebesszüglichen Entscheidung des Reichs-Versicherungsamts nichts
geändert werden könne, wemalsich, wie die sozialdemokratischen Mit-
glieder der Kommission hervorhoben, diese Entscheidung nicht der
Auffassung der Bevölkerung entspreche. Dem Petenten bleibe unter
den obwaltenden Verhältnissen leider nichts übrig, als die Rück-
zahlung der eingezahlten Versicherungsbeiträge zu beantragen, die
ihm anstandslos gewährt werden würde. Letztere Ansicht vertrat
auch der zur Verhandlung zugezogene Regierungskommissar. — Die
Kommission beschloß, mit Rücksicht auf die Bestimmung des § 2
des Invalidenversicherungs-Gesetzes, welcher den Bundesrat berechtigt,
die Versicherungspflicht auch auf andre, im § 1 dieses Gesetzes
genannte Berufszweige auszudehnen, die Petition dem Reichstagsrat
als Material zu einer Beschlußfassung des Bundesrats im Sinne des
§ 2 des Invalidenversicherungs-Gesetzes zu überweisen.

Gerichts-Zeitung.

Gegen den „Vorwärts“ wurde am Montag vor der 7. Straf-
kammer des Landgerichts I verhandelt. Die „Strafthat“, deren sich
unser Kollege Hugo Voeglich schuldig gemacht haben soll, liegt
schon etwas weit zurück. Sie ist am 25. Mai 1899 begangen.

An dem genannten Tage brachte unser Blatt einen längeren
Artikel über die Verhältnisse der ostpreussischen Landarbeiter. Unter
andem ist auch davon die Rede, daß bei der Invalidenversicherung
die ländlichen Arbeiter in Ostpreußen erheblich unter der Unregel-
mäßigkeiten des Lebens seitens der Gutbesitzer leiden. Zur Illustration
dieses Mißstandes wird dann ein Fall angeführt und in wenigen
Zeilen dargelegt, daß ein Gutbesitzer A. in Hentschken einer von
ihm beschäftigten Arbeiterin weniger Marken in die Invaliditätskarte
geliebt habe, als es nach der Dauer ihrer Beschäftigung hätte der
Fall sein müssen.

Durch diese Angabe des Artikels fühlte sich der Gutbesitzer
Reinhold in Hentschken beleidigt und die Staatsanwaltschaft
gab seinem Straf Antrag Folge. In der Verhandlung vor
der Strafkammer wurden die Aussagen der kommissarisch
vernommenen Zeugen verlesen. Danach hat Gutbesitzer Rein-
hold behauptet, er habe seiner Knechtin regelmäßig genügt.
Die Arbeiterin, um die es sich in dem herangezogenen Falle handelt,
hat dagegen ausgesagt, ihrer Meinung nach habe der Gutbesitzer
in den beiden ersten Jahren ihrer Beschäftigung zu wenig Marken ge-
liebt, denn in den beiden folgenden Jahren, wo sie nicht häufiger
gearbeitet habe als in den vorhergehenden, seien die Marken kleiner
voll geworden, wie in den ersten Jahren. Bestimmte Zahlen und
Daten konnte die polnische Arbeiterin natürlich nicht angeben.
Andere Zeugen hatten ausgesagt, daß die betreffende Arbeiterin ihnen
gegenüber schon öfter geklagt habe, ihr würden zu wenig Marken
eingeliebt. Gegenüber dem Staatsanwalt, der eine Geldstrafe von
30 M. beantragte, plädierte Rechtsanwalt Wolffgang Heine
für Freisprechung, da der Artikel durchaus nicht die Tendenz habe,
jemand zu beleidigen. Es handelte sich vielmehr um eine streng sach-
liche Arbeit, in der ein bestimmter Fall als Beispiel herangezogen
werde, und wenn sich nun auch nicht alle Einzelheiten dieses Beispiels
als zutreffend erweisen, so könne das ebensowenig strafbar sein,
als wenn jemand in einer juristischen Arbeit sich auf ein Beispiel
beziehe, welches sich später als nicht ganz zutreffend herausstelle.

Das Gericht stützte sich auf die Zeugenaussage Reinholds, es
hielt deshalb die in Bezug auf denselben aufgestellte Behauptung
für nicht erwiesen, also eine Beleidigung für vorliegend und erlachte
dem Antrag des Staatsanwalts gemäß auf eine Geldstrafe von
30 M. und Publikation des Urteils im „Vorwärts“.

Ein Gründerprozeß. Die Prozeßverhandlungen gegen den
Bankier Otto Karl Paul Wendland nahmen gestern vor der
7. Strafkammer des Landgerichts I ihren Anfang. Den Vorsitz
führt Landgerichtsdirektor Müller, die Anklage vertritt Staats-
anwalt Kölling, die Verteidigung führt Rechtsanwalt Leonhard
Friedmann. Als Sachverständige sind Bankdirektor Weill,
Bankier Oscar Rothchild, Mitglied des Börsenvorstands, und
Bücherrevisor Reuter geladen. Reuter wohnt der Staatskommissar
der Börse Geh. Ober-Regierungsrat Demptenmacher den Ver-
handlungen bei.

Ueber die zu Grunde liegende Anklage haben wir bereits am
Sonntag berichtet. Der Angeklagte war, wie sich aus seinen Ver-
nehmungen ergibt, bis zum 1. Oktober 1891 Direktor der Hagel-
versicherungs-Gesellschaft „Germania“ mit einem Jahresgehalt von
10 000 M. und Lantime. Aus irgend welchem Gründen schied er
vorzeitig aus seiner Stellung und erhielt für Aufgabe seines
Kontrahs eine Entschädigung von 80 000 M. Im Jahre 1891 kaufte
er die „Allgemeine Börsenzeitung“ an, welche etwa 200 Abonnenten
hatte. Er kam dann auf den Gedanken, ein Börsengeschäft unter
der Firma „Deutscher Bankverein“ einzurichten. Genossenschaft m. b. H.
zu begründen. Letzterer trat am 18. Juli 1893 seine Tätigkeit an.
Der Deutsche Bankverein übernahm die „Allgemeine Börsenzeitg.“ für
den Preis von 110 000 Mark, während Wendland selbst seiner
Zeit nur 12 600 Mark für die Zeitung gezahlt hatte.
In Prospekten lud er zur Bildung von Konfortial-Vereinigungen ein.
Er tries in den Prospekten seine Geschäftstätigkeit, seine erfolg-
reiche Spekulationskunst und versprach hohe Erträge aus solchen
Konfortial-Spekulationen. Es fanden sich auch eine ganze Anzahl Leute,
die bis zu 40 000 M. hinaus dar einstanden, es sind Geschäfte ge-
macht worden, bei denen Spekulationspapiere ein- und verkauft
wurden. Wie die Anklage behauptet, der Angeklagte aber bestreitet,
sind die Gewinne aus diesen Konfortial-Spekulationen den Be-
treffenden nur zum kleinsten Teil bar ausbezahlt worden,
sondern ihnen nur „gutgeschrieben“. Von den Konfortial-
beteiligten soll eine Summe von circa 123 000 Mark ver-
loren worden sein. Das Jahr 1895 soll ein besonders un-
glückliches Spekulationsjahr gewesen sein. Der deutsche
Bankverein hatte keine Betriebsmittel mehr und um solche
sich wieder zu beschaffen, soll der Angeklagte den Deutschen Ban-
kverein Paul Wendland Kommanditgesellschaft auf Aktien gegründet
haben. Dieser trat dann am 16. Juni 1896 an die Stelle der Genossen-
schaft. Nach der vom Bücherrevisor aufgemachten Berechnung sind
dem Angeklagten in der Zeit von 1891 bis 1896 aus den ver-
schiedenen Gesellschaften, die er gegründet, 217 477 M. an Lantimen,
Geschäften, Geschäftsanteilen zc. zugeflossen, dazu kommen die
110 000 M., die er für den Verlag der beiden Zeitungen sich be-
rechnet hat. Wo diese Summen geblieben sind, ist nicht aufzuklären.
Den letzten Rest der Kommanditgesellschaft zur Verfügung
stehenden Vermögen hat wieder eine neue Gründung des Angeklagten,
die „Bankower Park-Terrain-Gesellschaft“, entzogen. Derselbe hat
920 000 M. gefordert, 130 000 M. sind anzuzahlen gewesen, in Wahr-
heit sind aber nur 50 000 M. bar angezahlt, während der Verkäufer
80 000 M. als Provision der Kommanditgesellschaft anrechnete. Aus
dieser Vorgeschichte ist nichts geworden. Eine andre besondere
Gesellschaft wurde dann noch begründet, um auf dem Terrain ein
„Kurhaus für Nerventränke“ zu errichten.

Der Deutsche Bankverein Com.-Ges. soll schon seit dem Herbst
1898 nur noch ein Scheindalein geführt haben, so daß der Angeklagte
schon wieder mit dem Gedanken an eine neue Gründung umging,
durch die er vielleicht neue Mittel zu erlangen hoffte. Am 31. Mai
1899 wurde der Konturs eröffnet, am 14. Juni 1899 aber wegen
unzureichender Masse wieder aufgehoben. Am Tage der Konturs-
eröffnung war der Deutsche Bankverein an rückständigen Forderungen
160,160 Mark schuldig, die Teilnehmer an den Konfortialgesellschaften
der Jahre 1896 bis 1898 hatten 123,900 Mark zu fordern
und endlich die Aktienzeiger mit 258,000 Mark in Mitleiden-
schaft gezogen worden. Der Bücherrevisor Reuter hat sogar
herausgerechnet, daß im ganzen eine Summe von 735 000 M. ver-
loren gegangen sei. Mit der Erörterung der Fragen der Durchführung
und der weiteren Frage, ob Wendland, ohne dessen stütze Anweisung
nichts gemacht wurde, für die mangelhafte Durchführung verant-
wortlich sei, schloß die gestrige Verhandlung ab. Sie soll Dienstag
fortgesetzt werden.

Der jetzige Inhaber der „Allg. Börsenzeitung“ bittet um die
Mittelung, daß er die Zeitung beim gerichtlichen Verkauf für mehr
als 1500 M. gekauft, mit dem Angeklagten nie in irgend einer Ver-
bindung gestanden habe und daß die Zeitung keinerlei bankgeschäfts-
liche Transaktionen vornimmt.

Beleidigung durch die Presse wurde den Redactoren Karl
Günther von dem „Verl. Tagebl.“, Gotthelf Meyer von
dem „Verl. Abendpost“, Heinrich Engel vom „Reichsboten“ und
dem Journalisten Berthold Sparr zur Last gelegt, welche
gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I standen. An-
fangs Mai 1900 erschien in den drei vorgenannten Blättern eine
aus Göttingen im Herbst d. J. datierte Notiz des Inhalts, daß bei der
Göttinger Kammerklasse ein Fehlbetrag von 25 700 M. entdeckt
worden sei. Die mit der Prüfung betraute Kommission
habe die Bücher und Rechnungen der Verfügung des
Magistrats entzogen und der Bürgermeister Olse und der Stadt-
rat Steffens seien während der Dauer der Untersuchung von ihren
Ämtern suspendiert worden. Diese Mitteilung, die dem „Reichs-
boten“ vom Miangelagten Sparr zugegangen, von den beiden
andren Zeitungen aus einem anhaltischen Blatte entnommen war, soll
nicht in allen Punkten den wahren Thatsachen entsprechen; die beiden
genannten Göttinger Beamten hätten deshalb Strafanzug wegen Ver-
leumdung gestellt. Die Angeklagten wurden sämtlich vom Rechtsanwalt
Wolff verteidigt. Durch die Beweisaufnahme wurde zwar erwiesen,
daß bei der Göttinger Kammerklasse erhebliche Unregelmäßigkeiten
vorgekommen waren, es ist aber bisher nicht festgestellt worden,
daß dies auf ein strafrechtlich zu ahnendes Vergehen der beiden
genannten Beamten zurückzuführen ist. Auch war die Behauptung,
daß dieselben einsteuieren von ihren Ämtern suspendiert seien, nicht
zutreffend, wohl aber hatte die Göttinger Stadtverordneten-
Versammlung einstimmig einen dahingehenden Antrag gestellt, der
indessen vom Oberpräsidenten nicht genehmigt worden ist. Den
Ausführungen des Verteidigers, daß der Wahrheitsbeweis im
wesentlichen erbracht sei und die Angeklagten sich außerdem
in Wahrnehmung berechtigter Interessen befunden hätten,
konnte der Gerichtshof nicht beitreten. Durch den Inhalt der
beanstandeten Artikel müsse in dem Leser der Glaube erweckt werden,
die beiden Beamten seien die Schuldigen, während dies erst durch
ein vielleicht zu eröffnendes Disziplinarverfahren unterucht werden
solle. Dies sei zweifellos schwer beleidigend, mit Rücksicht auf die
ganze Sachlage seien den Angeklagten aber mildere Umstände zu-
gebiligt worden. Günther wurde zu 50, Meyer zu 75, Engel zu 100
und Sparr zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Außerdem wurde den
Beleidigten die Publikationsbefugnis in der üblichen Form zu-
gesprochen.

Vom Unternehmer ausgebeutet. Ein großes Streiflicht auf
die Ausbeutung der Kinderarbeit warf eine Verhandlung vor der
Strafkammer zu Schneidmühl. Dort hatte sich der Kaufmann
Friedrich Rothmann, der früher Leiter einer Pulwollfabrik
zu Reichensbach in Schlesien war, wegen Uebertretung des
§ 135 der Gewerbe-Ordnung zu verantworten. Der an-
geführte Paragraph verbietet die Beschäftigung von Kindern unter
13 Jahren in Fabriken. Rothmann hatte diesem Verbot entgegen
Kinder zum Puppen von Wolle verwendet, denen er pro Ballen
50 Pfennig Lohn gab. Da sie mit dieser Arbeit eine
halbe Woche zu thun hatten, so betrug ihr Wochenlohn
— eine Mark. Rothmann wurde der Uebertretung der Vorschrift
des § 135 für schuldig erachtet und zu 100 M. Geldstrafe eventuell
15 Tagen Gefängnis verurteilt. In dem Urteil wurde besonders
gerügt, daß die Arbeitskräfte der Kinder in geradezu unerhörter
Weise gegen einen zu ihren Leistungen in keinem Verhältnis stehenden
Lohn ausgebeutet worden sind.

Schutz vor Schupfen! Die Amtsgerichte Peter
Przhmber und Leo Wenzler, beide aus Domb D/Schlesien,
hatten im Oktober vorigen Jahres einen verhafteten Arbeiter auf der
Polizeiwache detairt mit Ohrlöffeln und Fußtritten traktiert, daß
sie am 8. d. M. von der Deutscher Strafkammer zu zwei bezw.
vier Monaten Gefängnis verurteilt wurden.

China.

Der Paradeseldmarschall.

Nach einem Telegramm des „Standard“ aus Peking vom
gestrigen Tage hat dort eine Parade der gesamten deutschen
Garnison stattgefunden. Graf Waldersee inspizierte die Truppen,
die sich in vorzüglicher Verfassung befanden und einen prächtigen
Eindruck machten. Ramentlich erregte die berittene Infanterie auf
ihren chinesischen Ponies, eine Truppe, welche sich gerade für den
Dienst in China besonders eignet, große Aufmerksamkeit. Graf
Waldersee wird demnächst auch die vierte englische
Brigade besichtigen und dann in Schanghaiwan einen Be-
such abstatten.

Vom Hof.

Aus Peking wird vom 10. Februar gemeldet: Li-Hung-Tschang
hat erklärt, zwischen dem Kaiser Kwang-su und der Kaiserin Tschü
herrsche jetzt größere Eintracht als je zuvor. Die Kaiserin gebe die
Notwendigkeit von Reformen im modernen Sinn zu. An den
chinesischen Hof telegraphierte Li-Hung-Tschang, die Weigerung des
Hofes, den über die Würdenträger verhängten Todesurteilen zu-
zustimmen, sei von der höchsten Gefahr für die Dynastie selbst.

Rückgabe der französischen Beute.

Nach einer Meldung aus Toulon werden gemäß den Anord-
nungen der Regierung nunmehr die vom General Frey aus China
nach Frankreich gefandten Beutestücke von Marseille nach
Toulon gebracht, um mit einem Transportschiff nach Ostasien
zurücktransportiert zu werden.

Letzte Nachrichten und Deyeschen.

Ein großer Dachstuhlbrand wütete Montagabend Bornier-
straße 3 in Charlottenburg. Er entstand angeblich durch Unvorsich-
tigkeit eines Klempners, der auf einer Bodenlampe gegen Abend
gelotet hatte. Als das Feuer bald nach 8 Uhr bemerkt wurde,
hatte es schon einen solchen Umfang angenommen, daß bei
dem kurz darauf erfolgten Eintreffen der Charlottenburger Wehr
bereits der gesamte Dachstuhl des zehn Fenster Front haltenden, fünf-
stöckigen Vorderhauses in Flammen stand. Zu der schnellen Ver-
breitung des Elements trug der Umstand viel bei, daß ein im Hause
wohnender Schlächter für etwa 1000 M. Wurz- und Fleischwaren in
einem Bodenraum aufbewahrte, die gütig von den Flammen
erfaßt wurden. Brandmeister Leopold ließ sofort mit
mehreren Dampfstrahlen- und Hydrantenstrahlen über zwei
mechanische Leitern sowie über die Treppen vordringen und
brachte nach 1 1/2 stündiger Arbeit das auch auf das Seitengebäude
übergegriffene Feuer zum Stehen. Doch zog sich die vollständige
Abklärung und Aufräumungsarbeit noch stundenlang hin. Abgesehen
von dem großen Hauschaden haben auch Mieter und Diensthofen
starke Verluste durch den Brand erlitten.

Die Hamburger Bürgerschaft gegen den Brottaucher.

Hamburg, 11. Februar. (B. Z. B.) In der Hamburger
Bürgerschaft brachten Patow und zwanzig andre, allen drei
Fraktionen der Bürgerschaft angehörige Mitglieder folgenden
Antrag ein: In Anbetracht, daß die Höhe der Zölle auf unent-
behrliche Lebensmittel, welche die weniger bemittelten Be-
völkerungsklassen am schwersten treffen, in Deutschland bereits
sehr hoch sind und bei Brotgetreide etwa ein Viertel des Wertes
ausmachen, in Anbetracht, daß jede weitere Erhöhung dieser Zölle
den Absatz der Erzeugnisse des deutschen Gewerbestandes im Inlande
durch die Verengerung der Konsumfähigkeit, im Auslande
durch die Erschwerung des Abschlusses günstiger Handelsverträge
beeinträchtigen und damit die Arbeitslosigkeit vermehren müßte,
in Anbetracht, daß ein derartiges Vorgehen mit der weislichen,
auf Förderung des Wohls der arbeitenden Klassen gerichteten Ge-
gebung des Deutschen Reichs im Widerspruch stehen und zur Verschärfung
der sozialen Kämpfe führen würde, richtet die Bürgerschaft an den Senat
das Ersuchen, mit allem Nachdruck jeder Erhöhung der Zölle auf
notwendige Lebensmittel entgegenzuwirken.

Agrarierpolitik in Ungarn.

Budapest, 11. Februar. (B. Z. B.) Abgeordnetenhause. Im
Verlaufe seiner bereits erwähnten Rede erklärte der Ackerbauminister
Daranyi, es werde nicht der bestehende Zolltarif bloß abgewandert,
sondern ein ganz neuer Zolltarif ausgearbeitet werden müssen,
durch welchen der Landwirtschaft derselbe Schutz gewährt werde,
wie der Industrie, und zwar müsse der neue Zolltarif ausgearbeitet
werden, bevor mit irgend einem Staat Verhandlungen in betreff
eines Handelsvertrages begonnen hätten.

China im französischen Senat.

Paris, 11. Februar. (B. Z. B.) Der Senat berät das Budget
des Reichens. Graf d'Amay spricht über die Lage in China, welche
ihm Gefahr von Verwicklungen in sich zu schließen scheine, er befürchtet,
daß die Mächte dahin gelangen würden, die Integrität Chinas anzu-
tasten. Delcassé erwidert, die von ihm mehrfach ergriffene
Initiative habe stets die Wiederherstellung der normalen Lage der
Dinge zum Ziel gehabt. Durch die Zustimmung der Mächte zu
den französischen Vorschlägen seien die Interessen jeder derselben
gewahrt. Die Ereignisse hätten bewiesen, daß die Mächte die Auf-
rechterhaltung der Einheit unter ihnen allem andern voranzustellen.
Die Bedingungen der Mächte seien angenommen, es handle sich nur
darum, deren Ausführung durchzuführen. Wie bleiben entschlossen,
sahnt Delcassé fort, eine angemessene Genugthuung zu erlangen,
und wollen unsre Truppen schnellstens abberufen, werden dies
aber erst thun, wenn die Lage wieder normal geworden sein wird.

Demonstrationen in Madrid.

Madrid, 11. Februar. (B. Z. B.) Vor der Universität, deren
Thore geschlossen waren, erschienen heute eine Anzahl Studenten
und erhob Widerspruch dagegen, daß man aus Anlaß der Hochzeit
der Prinzessin von Asturien die Vorlesungen ausfallen lasse. Von
der Universität zogen die Studenten unter dem Rufe „Nieder mit
den Jesuiten“ zum Prado.
An der Puerta del Sol sammelte sich heute ein Volkshauke zu
einer Kundgebung gegen die Redaktion des „Pais“. Stadtholdaten
verpörrten demselben jedoch den Durchzug. Auf die Polizeibeamten
wurde sodann mit Steinen geworfen und einer derselben verwundet.
Einige Studenten wurden verhaftet.

Paris, 11. Februar. (B. Z. B.) Der „Temps“ meldet, das
Marineministerium sei mit einem Gesuchentwurf betreffend die Ver-
mehrung des Mannschafsstandes der Flotte beschäftigt, da der
gegenwärtige Mannschafsstand nach der Durchführung des Pro-
gramms der Flottenerweiterung unzureichend sein werde. Vorläufig
werde die aktive Dienstzeit der Flottenmannschaften auf 56 Monate
festgesetzt.

Petersburg, 11. Februar. (B. Z. B.) Ueber Kiew ist der kleine
Belagerungszustand verhängt worden. Die Behörden erteilten die
Weisung, bei etwaigem Widerstande der Demonstranten die Hilfe des
Militärs anzurufen.

Sofia, 11. Februar. (B. Z. B.) Bei den gestrigen Zankowje-
Wahlen wurden 58 Anhänger der Regierung, 31 Zankowisten,
27 Demokraten, 23 Stoilowisten, 13 Agrarier und 5 Radoklawisten
gewählt. Drei engere Wahlen sind erforderlich; ein Wahlergebnis
steht noch aus.

Reichstag.

46. Sitzung vom Montag, den 11. Februar 1901, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Niederding, Freiherr v. Thielmann.

Die zweite Beratung des Justiz-Etats wird bei den Fortdauernden Ausgaben fortgesetzt. Dieselben werden debattiert genehmigt, ebenso die Einnahmen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats des Reichsschatz-amts. Bei den fortdauernden Ausgaben, Titel „Staatssekretär“ beklagt sich

Abg. Wassermann (natl.) über die Handhabung des Stempelsteuer-Gesetzes.

Abg. Dr. Bödel (Antif.):

Unsere Reichsgeld steigt allmählich ins Ungemessene, und schon wieder steht eine Reichsanleihe von 370 Millionen Mark in naher Aussicht. Unsere Finanzwirtschaft ist eine derartige, daß man nur den Kopf schütteln kann. Besonders unangebracht war die Regelung der letzten Anleihe in Amerika. Man denkt bei der Anleihebewirtschaftung gar nicht an die Zukunft, es fehlt jedes rationelle System. Ein Staat nach dem andern fabriziert eine neue Anleihe. Auch in Preußen wird jetzt eine Neianleihe nötig durch die Annahme der Kanalvorlage, die ganz sicher erfolgen wird. Wohin soll denn diese Wirtschaft führen? Möge das Reichsschatzamt endlich ehrlich sagen, wie sich verfahren, es hilft nichts, wir brauchen neue Steuern. Aber der Herr Staatssekretär sät Vergnügen dabei und trägt einen Humor zur Schau, um den ich ihn beneide. (Heiterkeit.) Er scheint keine Verantwortung ziemlich leicht zu nehmen, oder vielleicht kann er uns einen Arbeitsplan für die Zukunft entwickeln. Einen solchen Plan müssen wir vor allem verlangen. Heute sehe ich nur wachsende Verschuldung und Abhängigkeit von der Börse, die jetzt schon Revision des Würfengesetzes in ihrem Sinne verlangt.

Abg. Dr. Oertel (L.):

An die Annahme der Kanalvorlage glaube ich nicht, vielleicht ist Herr Bödel besser unterrichtet über das, was „hinter den Coulissen gemint ist“, wie er sich ausdrückt. — Die Anleihebewirtschaftung ist gewiß kein schöner Zustand, aber auch der Herr Vorredner hat keine großen neuen Gesichtspunkte zur Abhilfe dieses Zustandes anführen können. Er hat von neuen Steuern gesprochen, aber er selbst würde wohl gegen jede vom Reichsschatzamt vorgelegte Steuer stimmen. Für die Erhöhung der Patrimonialbeiträge sind die Einzelstaaten nicht zu haben. — Ich meinerseits wollte den Herrn Staatssekretär nur bitten, dafür zu sorgen, daß die Vorarbeiten zum neuen Zolltarif und Zolltarifgesetz möglichst beschleunigt werden. Das „Berliner Tageblatt“ vom Sonnabend schrieb, es sei vollkommen ausgeschlossen, daß vor Mitte Mai der Zolltarif an den Reichstag gelangen könne. Weiter hieß es in dem Artikel, daß die Begründung der einzelnen Positionen bei der Abgabe des Tarifs an das Reichsschatzamt so mangelhaft gewesen sei, daß die Arbeit noch einmal gemacht werden müsse. — Ich halte es für sehr wichtig, daß Klarheit darüber geschaffen wird, daß das Reichsschatzamt mit diesen Nachrichten, die dem „Berl. Tageblatt“ von „wohlunterrichteter Seite“ zugegangen sein sollen, nichts zu thun hat. (Bravo! rechts.)

Reichsschatzsekretär v. Thielmann:

Ueber die Vorarbeiten zum Zolltarif sind nicht allein im „Berl. Tageblatt“, sondern auch in einer Reihe anderer Blätter seit Jahresfrist von Zeit zu Zeit irrtümliche Nachrichten aufgetischt worden. Hätte ich alle diese mißverständlichen Nachrichten sofort dementieren wollen, so hätte ich die Arbeitskraft meiner Mäite mehr als die Dementis verwenden müssen als auf den Zolltarif. (Heiterkeit.) Ich habe umso mehr davon abgesehen, da ja bereits aus andern Munde hier bekannt geworden ist, daß der Abschluß der Vorarbeiten zum Zolltarif im Reichsschatzamt in allernächster Zeit zu erwarten ist. Die Reichsdruckerei arbeitet so zu sagen Tag und Nacht, um den Druck fertigzustellen, im Reichsschatzamt arbeiten seit Jahresfrist alle irgendwie verfügbaren Kräfte an dem Zolltarif. Das Reichsamt des Innern hat ja selbstverständlich zu einem erheblichen Teil zu den Vorarbeiten beigetragen, nicht aber in der Weise, daß es den Tarif und seine Begründung ausgearbeitet und dem Reichsschatzamt zur Nachprüfung unterbreitet hätte, sondern beide Kemter haben von jeher vollkommen einträglich einander in die Hände gearbeitet. Ich hoffe, daß in sehr kurzer Frist die Sache an andere Instanzen, die noch in Frage kommen, abgegeben werden kann, und hoffe ferner, daß diese Instanzen den Zolltarif in kürzester Frist an den Bundesrat gelangen lassen. Ueber den genauen Termin kann ich heute nichts sagen. Die Kritik im „Berliner Tageblatt“ von der ungenügenden Begründung des Zolltarifs ist ganz unrichtig! Wenn zwei Kemter einander Stoff zutragen, so ist es selbstverständlich, daß jedes den Stoff, den das andre ihm bringt, erst gründlich durcharbeiten muß. Das ist auch hier geschehen. Von irgend welcher Unbrauchbarkeit des Stoffs ist kein Wort wahr. Was meine Beziehungen zum „Berliner Tageblatt“ betrifft, so kann ich nur sagen, daß ich dies Blatt, wie alle Berliner Blätter, soweit es meine Zeit erlaubt, jeden Vormittag lese. Einen Vertreterstatter des „Berliner Tageblatts“ habe ich nicht empfangen, und soweit mir bekannt ist, hat auch kein Beamter des Reichsschatzamts einem solchen Vertreterstatter Aufklärung gegeben.

Abg. Dr. Paasche (natl.):

Herr Dr. Bödel hat ein solches Bild von der deutschen Finanzwirtschaft entworfen, daß es den Eindruck erwecken muß, als sei der Kredit des Deutschen Reichs im Ausland gleich Null. Das ist nicht der Fall und die Ausführungen des Dr. Bödel sind stark übertrieben. Er sagt, es müsse ein anderes System kommen. Mit Neben ist nichts getan, er muß auch die Mittel der Schuldentilgung angeben können.

Abg. Speck (L.):

Die ungenügende Finanzlage des Reichs bedauern auch wir mit Herrn Bödel, können aber die Schuld nicht dem Herrn Reichsschatzsekretär allein zurechnen. — Der Reichstag hat eine Resolution angenommen, die vermehrte Ausprägung von Kronen verlangt. Ich möchte den Herrn Staatssekretär fragen, in welchem Umfange diese Neuprägung stattgefunden hat. Besonders macht sich ein großer Mangel an Jehnumarkstücken geltend. Auch die Neuprägung von 50 Pf.-Stücken ist dringend notwendig. Redner beklagt sich weiter über die wenig künstlerische Ausführung der neuen Denkmünzen. Diese sehen ganz auf derselben Höhe wie die neuen Germania-Briefmarken. Wir Bayern können uns ja über diese Thatfache höchstens freuen, denn München ist dadurch der Ruf, an erster Stelle in künstlerischer Beziehung zu stehen, auf lange Zeit hinaus gesichert. Redner spricht schließlich über den Stand des Sacharingsgesetzes.

Reichsschatzsekretär Freiherr von Thielmann:

Der Sacharingsgesetzwurf ist im Reichsschatzamt bereits fertiggestellt, aber andere Instanzen haben noch nicht zu einer Einigung gelangen können. Es handelt sich da um eine vielleicht theoretische Frage, die aber doch vielleicht von praktischer Bedeutung ist. Die einen meinen, daß wenn strenge Verkehrsbeschränkungen eingeführt würden, eine verhältnismäßig nicht hohe Steuer genüge, während andere der Ansicht sind, daß der Verkehr in solchen Dingen, die von Hand zu Hand gehen, sich nicht kontrollieren lassen und daher lieber eine hohe Steuer empfehlen. Ich hoffe, daß dieser Streit in Bälde erledigt sein wird. Was die Denkmünzen anlangt, so bin ich der letzte, der den Münzener Künstlern irgend etwas Unverständliches sagen möchte. Aber eine ganze Anzahl anderer Deutsche, die nicht Abgeordnete und nicht

Künstler sind, haben die Denkmünzen ihrem Geschmack entsprechend gefunden. (Heiterkeit.) Die Ausprägung von einer Million Zweimarkstücke und 100 000 Fünfmarkstücke konnte sogar dem Bedürfnis nicht genügen. — Für das Fünfzigpfennigstück hoffe ich einen neuen Probestempel in allernächster Zeit geliefert zu bekommen. An Kronen sind in den Jahren 98—99 42 Millionen geprägt, eine weitere Ausprägung von 20 Millionen habe ich beantragt. 5 Millionen davon sind bereits ausgeprägt, 5 befinden sich gegenwärtig in Prägung, und die weiteren sollen alsbald folgen. Anders 5 Millionen werden durch Umprägung hergestellt, so daß in allernächster Zeit 25 Millionen Kronen dem Verkehr zugeführt werden sollen.

Abg. Dr. Oertel (L.):

Die Differenz zwischen den entscheidenden Stellen über die Sacharinsbesteuerung ist doch sehr leicht zu lösen. Man führe doch beides ein: scharfe Verkehrsbeschränkungen und hohe Besteuerung. Nur der Angehörige kann die Denkmünzen schön finden. Friedrich I. wurde auf diesen Denkmünzen mit der Kaiserin verwechselt, und nur die Rudimente eines Schmuckstücks vermochten den Irrtum aufzuklären. (Heiterkeit.) Redner tritt für die Prägung eines 25 Pfennig-Stücks ein. Die Einigkeit zwischen Reichsschatzamt und Reichsamt in der Zolltariffrage ist sehr erfreulich und zwar deshalb, weil jetzt der Geist des Reichsamts des Innern auch im Reichsschatzamt herrscht.

Abg. Werner (Antif.):

Ohne neue Steuern werden wir bei der jetzigen Finanzlage nicht auskommen, nur müssen dieselben auf die leistungsfähigen Schultern gelegt werden.

Abg. v. Kardorff (Sp.):

Dem Wunsch des Herrn Speck nach Ausprägung neuer 50 Pfennigstücke laun ich mich nur anschließen. Die Prägung von 25 Pfennigstücken wäre sehr empfehlenswert.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fri. Sp.):

So außerordentlich ungenügend, wie Herr Bödel unsre Finanzlage hinstellt, ist sie durchaus nicht. Unsern Kredit im Auslande werden solche Ausführungen, wie sie heute die Herren Dr. Bödel und Werner beliebten, nicht schädigen können. — Die 25 Pfennigstücke passen nicht in unser Decimalsystem hinein.

Abg. Kirsch (L.):

Die Münzen müssen nicht nach der Größe, sondern nach der Prägung zu unterscheiden sein. Ich habe bisher erst zwei Herren gefunden, die die neuen Denkmünzen geschmackvoll fanden, den Herrn Reichsschatzsekretär und den Unterstaatssekretär Rehner (Heiterkeit.) Redner bedauert sich weiter darüber, daß es auf den 50 Markstücken „hufsig“ statt „fünfzig“ Mark heißt.

Abg. Speck (L.) spricht sich gegen die 25 Pfennigstücke aus. — Dem Vorschlage des Herrn Oertel in Bezug auf das Sacharingsgesetz können wir nicht zustimmen. Die Sacharinssteuer soll nur eine Finanzsteuer sein, und nicht ein Hilfsmittel für das Judicariat.

Damit schließt die Diskussion.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats ohne weitere Debatte. Desgleichen werden der Etat der Reichsschuld und des Rechnungshofs debattelos erledigt.

Es folgt der Etat für die Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen. Die Beratung beginnt mit den „Fortdauernden Ausgaben“, Centralverwaltung Titel 1 Chefdes Reichsamts für die Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen.

Die Kommission beantragt zwei Resolutionen anzunehmen. Die erste verlangt Herabsetzung der Gepäcktareife auf den Reichseisenbahnen, ohne Rücksicht auf die in Aussicht stehende allgemeine Reform des Gepäcktareifs. Die zweite verlangt Ermittelungen darüber, wie hoch sich die Ausfälle für die deutschen Reichs- und Staatsbahnen belaufen würden, wenn der Tarif für die beurlaubten Militärpersonen (Wahnschiffen und Unteroffiziere) auf den Satz von 0,01 M. für das Kilometer ermäßigt würde.

Abg. Segitz (Soz.):

Wie bekannt, ist durch das Offenbacher Unglück das gesamte Publikum in eine große Erregung versetzt worden. Die Schuld an diesem Unglück wird vor allem der Pludmacherei der Reichs-Eisenbahn-Verwaltung zur Last gelegt. Wenn die Ursache des so bedauerlichen Unglücks bei Offenbach falsche Sparmaßregeln gewesen ist, dann besteht für uns alle Veranlassung, diesem System gegenüber zu treten. Aus Anlaß des Unglücks ist vor allem über die Gefahren debattiert worden, die die D-Züge bieten. Diese sind ja unzulässig. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß auch für die sehr reichbesetzten einfachen Wagen III. und IV. Klasse bei Passen-unglücken große Gefahr besteht. Nämlich fest steht, daß die Gas-belastung die Explosionsgefahr erhöht. Wegen die Einführung der elektrischen Beleuchtung sträubt sich aber die Reichs-Eisenbahn-Verwaltung wahrheitsgemäß, weil erhöhte Kosten die Renten einigermaßen schmälern werden. Was die Tarifrage anlangt, so ist ja in absehbarer Zeit eine einheitliche Regelung der Tarifrage, insbesondere eine Herabsetzung der Personalentlohnung nicht zu erwarten. Eine Herabsetzung ist aber notwendig, und die Entlohnung der preussischen Bahnen und der Reichs-Eisenbahnen beweisen, daß sie auch möglich ist, ohne daß die in Eisenbahnen angelegten Kapitalien unter dem Normal-Zinsfuß sich verzinsen würden. Mit der Herabsetzung des Gepäcktareifs, die die Resolution der Kommission fordert, sind wir selbstverständlich einverstanden.

Die Frage der Löhnerhältnisse und der Arbeitszeit der im Reichs-Eisenbahndienst beschäftigten niederen Beamten und Arbeiter haben meine politischen Freunde bei jeder Etatsberatung zur Sprache gebracht. Sie haben hingewiesen auf die überaus lärglichen Löhre, die bis 2,35 Mark herabgehen, und auf die überaus angestrengte Dienstzeit, die auf 13, 16, 17 Stunden sich erhöht. (Hört! hört!) bei den Socialdemokraten, auf die ungenügende Ruhezeit, die vielfach nur einen Tag im Monat beträgt. Auch an dem Offenbacher Unglück, behauptet man, war die Ueberanstrengung der einzelnen Beamten schuld. Die Pludmacherei drückt sich aus in dem freud nachbarlichen Krieg zwischen Sachsen und Preußen, der schon mehr den Charakter des unantwärtigen Wettbewerbs annimmt. (Sehr richtig!) bei den Socialdemokraten. Wir verlangen von der Reichs-Eisenbahn-Verwaltung vor allem Befriedigung des Verkehrsbedürfnisses und Vesserstellung der Beamten und Arbeiter! (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Riff (Ul. Hospitant der fr. Pgg.):

Die Rentabilität der Reichs-Eisenbahnen übersteigt 5 Proz. des Anlagekapitals. Diese hohe Rentabilität zeigt, daß der Geist des preussischen Finanzministers über der Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen schwebt. Daran allein liegt es, daß die Personen- und Gütertarif-Reform nicht zum Abschluß gelangt, obwohl ihre Notwendigkeit auf der Hand liegt.

Abg. Schumberger (natl.) [auf der Tribüne fast unverständlich]:

Die Löhne der Angestellten der Eisenbahnen genügen vollkommen allen gerechten Ansprüchen. Keine konkurrenzfähige Privatindustrie könnte, wie die Eisenbahn-Verwaltung es thut, 44 Proz. ihrer Herstellungskosten für ihr Personal ausgeben. (Sehr richtig! rechts.) — Redner verteidigt in seinen weiteren Ausführungen, die im einzelnen unverständlich bleiben, einen Antrag, der ein Gesetz über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen in den Reichslanden verlangt.

Eisenbahnminister v. Thielen:

Ich habe mich geireut, daß der Herr Vorredner, einer der größten Arbeitgeber und von jeher bekannt als ein Muster im Ver-

hältnis zu seinen Arbeitern, es offen anerkannt hat, daß auch die Reichs-Eisenbahn-Verwaltung ihre Arbeiter und Beamten so besolde, wie es nicht besser gemacht werden kann, und auch im übrigen die Beamten und Arbeiter musterhaft behandle. Ein derartiges Zeugnis ist ein Trost gegenüber den unberechtigten Angriffen, die sonst gegen meine Verwaltung erhoben werden. Zu meinem Bedauern muß ich auch heute konstatieren, daß die Tarifreform bezüglich der Personen-tarife keinen wesentlichen Fortschritt gemacht hat. Wärenden-tarifier als eine Verbilligung wäre zunächst eine Vereinfachung der Tarife. Was den hier wieder berührten angeblichen Streit zwischen Sachsen und Preußen anlangt, so habe ich im preussischen Landtag schon erklärt, daß es von großer Wichtigkeit ist, wenn man auf derartige Streitigkeiten irgend welchen Wert legt, nachdem von den kompetenten Stellen erklärt worden ist, daß all diese Behauptungen ganz aus der Luft gegriffen sind. — Was den Antrag des Herrn Vorredners, betreffend die Kleinbahnen usw., betrifft, so liegen doch einige Schwierigkeiten vor.

Abg. Gamp (Sp.):

Herr Segitz hätte besser, seine Beschwerden im einzelnen im hiesigen Landtag vorzubringen. Er sprach von einem Lohn von 2,35 M. Ein solch absoluter Preis hat doch gar keine Bedeutung, es kommt doch darauf an, wo dieser Preis bezahlt wurde, ob an einem vom Verkehr abseits gelegenen Orte, oder in einer Stadt. Ich meine, nach der Abführung, welche der Abg. Säger im Abgeordnetenhaus von dem Herrn Minister erfahren hat, hätte Herr Segitz doch Veranlassung gehabt, sich etwas vorsichtiger zu äußern. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Paasche (natl.):

polemistisch gegen den Abg. Riff und dessen Angaben über die Rentabilität der Reichs-Eisenbahnen, die durchaus nicht zu hoch sei, um daraus Tarifverbilligungen zu begründen. Nicht die Verbilligung, sondern die Vereinfachung der Tarife sei notwendig. Bei der traurigen Finanzlage des Reichs seien aber auch Experimente in dieser Richtung nur mit großer Vorsicht vorzunehmen. Die Herren Socialdemokraten schimpfen über die vierte Klasse, sind aber selber noch nicht darin gefahren. (Gelächter und Widerspruch bei den Socialdemokraten.) Das Publikum der 4. Klasse will gar nicht auf sie verzichten. (Widerspruch links.) Die 4. Klasse ist durchaus nicht als menschenunwürdig zu bezeichnen. (Sachen links.) Ich bin selbst vierter Klasse gefahren, und unter jungen Studenten fahren regelmäßig 4. Klasse nach Hause, wenn der Wechsel Knapp geworden ist. Die 4. Klasse ist gerade für Arbeiter, die Handwerkszeug mit sich führen, außerordentlich profitlich.

Die Weiterberatung wird hierauf auf Dienstag 1 Uhr vertagt; außerdem Chinavorlage und Resistenverforgung für die Chinakrieger. Schluß 6 Uhr.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frauen und das Vereinsrecht.

Zu einem Protest der Frauen gegen das Vereinsrecht berief der Verein „Frauenrecht“ eine öffentliche Versammlung für Sonntag, den 10. Februar, 12 Uhr mittags, in Cohns Hofstraße, 19/20. Wie die Vorsitzende, Frau Nina Bauer, betonte, spreche man lemer Partei zu Liebe und keiner zu Leide, nur vom Standpunkt der Frauen und ihrer Forderung. Die erste Rednerin, Fräulein Lisiane Wolska, begründete das Recht der Frau, an den Aufgäben des Staats mitzuarbeiten, mit dem gleichen Interesse an der Wohlfahrt des Volks. Der Staat hat seine Pflicht, für die wirtschaftlich Schwachen zu sorgen, durch die soziale Erhebung der neuzeitigen Jahre bewiesen; er befreie nun auch die Frau, die unter einem geistigen Ausnahmestadium schlimmster Art leidet. In andern deutschen Staaten, Baden, Württemberg, ist das Vereinsgesetz frei; den Preussinnen, die in der Stunde der Gefahr stets als Patriottinnen voranleuchteten, wird ihr Recht verweigert. Nach einem Aufruf an die Konventualen, welche im Landtag die Majorität besitzen, und einer Darstellung der Schwierigkeiten, welche den Landesvereinen (z. B. ist Volksschullehrerin) durch Konflikte mit dem veralteten Gesetz erwachsen, schloß die Referentin mit der Forderung: Gleiche Bürgerrechte, gleiche Bürgerpflichten.

In kurzen Worten sprechen noch eine Reihe von Rednerinnen, Frau Arnold vom Standpunkt der Handelsgestellten, Frau v. Decker als Anwalt der Frau von heute, die ein Gesetz, welches vor 50 Jahren passen mochte, welches sie mit Unmündigen auf eine Stufe stellt, als schwere Fessel empfindet. Frau Heymann aus Hamburg geht auf die Handhabung des freieren Hamburger Vereinsgesetzes, welches zu Vorfällen mißbraucht wurde, sobald man gegen beliebte und gesuchte Mißbräuche kämpfen wollte; Frau Goldt, die belmte Schauspielerin, weist auf den Widerspruch hin zwischen der Verherrlichung der politischen Frau in Kunst und Poesie; Judith, Jungfrau von Orleans, Antigone — und der Stellung der politischen Frau im praktischen Leben, wo sie von dem Sogmann in Ordnung gehalten wird; Frau v. Kettelhede aus Schwarzburg-Studstadt, welches keine Beschränkung der Frauen im Vereinsrecht kennt, verlangte Rechtsgleichheit für alle. Die Ansprüche klangen alle aus in der energischen Forderung nach einem freien deutschen Vereinsrecht, oder doch nach Streichung des § 8 des preussischen Vereinsrechts.

Nachdem die Vorsitzende eine große Anzahl von Zustimmungsdressen aus deutschen Städten mitgeteilt, nahm Frau Dr. Augsburg das Wort. Es sei ein Glück und nur ein scheinbarer Uebelstand, daß § 4 16 der Reichsverfassung noch unerfüllt geblieben. Denn vor 30 Jahren wäre die Lösung unsrer Frage dabei weit ungenügender gewesen, als wir es heute hoffen und fordern. Ein ganz neuer Vorschlag hat uns wieder die Unhaltbarkeit der Lage gezeigt und den Anstoß zu der gegenwärtigen Bewegung gegeben: die Weigerung der Gesellschaft für soziale Reform, Frauen aufzunehmen, obwohl sie auf die weibliche Mitarbeit geradezu angewiesen ist. Die bürgerlichen Frauenvereine übertritten das Gesetz unbestraft schon seit Jahren. Dieser haben es die socialdemokratischen Frauen, für welche der § 8 insofern ist, weil ihre Partei alle Versammlungen als öffentliche einberuft. Auch an Wahlvereinen dürfen sie sich beteiligen. In den freieren germanischen Ländern, in Frankreich, in der Schweiz, sind die Frauen nicht gehindert, ihre Kräfte für das Gemeinwohl zu verwerten; auch wir fordern diese Freiheit für uns.

Als zusätzlicher Gast erbat Frau Steinbach aus Hamburg das Wort zur Dichtigstellung der historischen Auffassung des Vereinsgesetzes. Das es im Jahre 1860 erlassen werden konnte, das war die Schuld des Vürgerturns. Im Jahre 1848 siegreich mit Hilfe des Proletariats, verbündete es sich nach Einheimung der nötigen wirtschaftlichen Reformen mit der Reaktion, um das Volk niederzuhalten. Um diesen Preis verkaufte es die freien Geistesrechte. So blieb auch die Stellung der Frau dieselbe, welche ihr, als für den Mann geschaffen, nach der alten Auffassung gebührt. Selbst in unsrer Partei, die den Grundtag der Gleichheit hochhält, finden sich noch viele in dieser Beziehung recht kluggläubige. Nur durch energisches Handeln nach links, wenn auch nicht zu unsrer Partei, können die Frauen politische Rechte erreichen.

Reichstags-Abgeordneter Heine, der wie andre Abgeordnete eine Einladung zu der Versammlung erhalten hatte, bestritt die bessere Lage der Socialdemokratinnen vor dem Gesetz, indem er die Schließung des Bildungsbereichs von 1895 schilderte. Als „politisch“ galt damals Vorträge über: „Die Einrichtung der Charité“, über „Frauenleistung“, über „Nervenwäde“ usw. Will die Polizei die Uebergriffe der bürgerlichen Frauen nicht sehen, so beweist das nur, daß sie dieselben für ganz ungefährlich hält. Der Redner schloß mit einem warmen Appell an die Frauen, die Wahrheit und

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. M. Schulmeister, Schneidermeister, Dresdenerstr. 4 am Kottbuser Thor. 1

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie.
Teilzahlung wöchentlich 7 Mark. 133/3
Vollkommen schmerzloses Zahnziehen i. M. Plomben 1,50 M.
Reparaturen sofort. Umarbeitung schlecht sitzender Gebisse.
Zahnarzt Wolf, Leipziger Strasse 130.
(Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7.

Vereine, Fabriken!
In Sommerfrischheiten empfehle mein ca. 20 Morgen großes, an der Oberpfalz herrlich gelegenes Stadthaus.
Schloßpark Wilhelmshof.
2 große Tanzsäle. Günstige Bedingungen. Fr. Dolinski.

Charlottenburg!
Uhrmacher Kunstmann, Wallstrasse 1.
Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. [483L*]
Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen i. M. Plomben 1,50 M. Teilzahlung wöchentlich 7 Mark. Alfred Apenburg, Invalidenstrasse 33, Nähe Stettiner Bahn. Spr. 9-7. Reparatur sofort. [4]

2. Ziehung 2. Klasse 204. Reg. Preuß. Lotterie.
Ziehung vom 11. Februar 1901, vormittags.
Aus der Gewinne über 120 Mill. hat den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

54 139 45 49 223 87 285 519 643 48 99 708 848 1329 470	59 228 95 712 74 97 895 2900 51 322 54 655 739 [200] 821	804 98 3042 107 [1000] 258 88 444 57 508 677 705 95 40	4083 145 [100] 302 48 99 571 521 997 5048 104 303 444 641	760 931 40 6204 218 404 54 713 312 428 34 41 908 14	8217 68 81 96 97 341 49 683 689 716 828 54 9078 126 [200]	326 557 73 998							
130016 52 81 191 235 77 394 406 37 51 548 68 699 710 39	55 801 23 992 11190 250 524 747 813 38 98 982 12117 91	98 325 29 405 656 766 849 925 52 12059 124 37 818 97 696	789 904 14042 171 313 77 414 76 553 611 17 61 721 46 64	820 91 32 15029 515 84 630 28 735 46 979 16278 330 93	65 525 883 990 17079 143 89 218 500 17 908 722 904 13	56 12144 207 351 482 815 19 95 000 29 812 964 12484	65 612 707 804 96 913						
20377 04 5 21121 84 209 98 200 33 82 622 694 906	98 22199 70 23153 364 70 480 745 [1000] 913 19 91	21495 281 88 569 431 71 999 25067 195 254 64 549 45 870	194 98 24045 565 357 632 754 943 27054 89 102 325 67	474 594 54 708 962 61 28508 123 43 213 33 377 724 78 854	52 592 20170 308 68 94 415 534 613 58 733 96 88 45 98	32065 244 631 636 48 32 93 95 31406 188 98 554 941	32066 149 63 65 79 285 313 44 19 671 83 733 42 56 917	32067 392 40 74 588 656 93 708 88 870 34302 310 50 132	431 516 829 30049 585 651 739 910 27 30050 124 35 20 226	476 594 78 659 890 33 87073 183 204 44 10 677 721 801	947 71 28160 373 680 547 65 764 803 10 19 49 74 971 32027	34 319 326 630 70 96 896 893	
44037 114 [200] 278 81 418 980 60 776 97 903 [200]	41291 59 605 48 51 516 736 50 889 974 42501 100 49 46	81 317 39 38 453 581 633 55 43898 30 83 111 57 205 218 599	417 569 39 737 945 44922 78 165 84 84 533 87 990 716	57 536 81 45009 84 321 74 491 8 923 509 532 89 40644	79 239 301 685 18 84 728 69 47116 27 403 39 362 650 73	56 56 48296 302 404 13 732 819 989 75 40355 49 66	764 70 120 [200]						
50107 13 257 365 67 44 87 739 816 77 89 896 81029 206	88 49 41 502 672 782 867 82021 68 299 324 628 575 624	62 715 899 61898 135 222 54 305 433 401 894 988 94334	41 215 314 70 77 739 55022 102 229 344 84 593 63 629 58	525 995 50750 307 514 894 494 57101 291 321 62 544 733	74 843 78 996 64122 274 444 65 543 49 70 789 976 94909	121 58 80 294 478 688 718 33 872 976							
60035 188 321 64 833 626 677 61017 197 11 255 500	91 838 64844 64 597 886 70 914 17 60002 19 114 33	320 343 90 309 65 675 76 83 794 854 932 64063 101 386 97	468 524 806 18 89 812 43 81 597 69 65109 302 70 80 81	253 76 607 781 813 806 60141 53 313 45 94 [300] 321	130 898 67074 127 83 297 662 749 812 [200] 28	48062 145 309 24 411 522 678 749 684 96 69045 71 154 214 623 561 94	70032 33 138 236 421 687 811 53 977 71035 110 50 38	399 64 696 844 74 72055 804 39 28 565 742 50 814 73077	732 78 98 996 74117 48 79 377 474 505 678 811 976	77008 69 101 5 406 37 41 75 556 654 706 825 65 928 64 95	77017 30 218 569 633 52 777 881 77029 303 412 49 614 74	77822 25 324 63 293 57 574 636 74 744 802 72 77924 530	672 35 699 53
80132 364 74 403 17 52 540 61 677 57 731 908 81 51703	128 804 84 [300] 420 24 628 956 82031 327 523 61 83017	37 130 57 348 537 31 326 85 722 53 912 84056 112 231 65	305 6 699 60 794 96 [200] 499 82821 67 445 813 977	804018 [200] 183 244 61 703 837 87176 307 71 416 512 27	792 625 296 63198 363 344 447 60 897 883 89135 341 401	[200] 897 60 883 703 19 38							
10194 226 354 19198 246 61 423 40 67 578 606 907 49	92220 68 594 707 81 815 89 93120 234 336 64 82 457 571 67	12001 82 830 10401 444 500 47 127 33 89 304 95697 137	282 373 75 487 696 955 90074 145 408 832 92 641 97194	130 112 852 60 536 628 776 89 898 140224 139 332 352 471 60	908 19026 484 515 923 95 892 907								
100002 99 95 102 77 374 568 83 656 70 811 101012	85 235 328 039 33 102403 36 41 420 23 588 796 891 340	100009 181 83 854 864 692 635 47 1057 73 807 104094 278	91 388 415 751 77 843 908 100152 251 507 8 70 892	100328 71 417 40 85 532 733 199 107134 258 558 13 645	67 711 917 70 100979 290 321 65 100903 141 99 210	623 30 47 439 306 994 32 994							

110150 270 819 111218 418 565 74 638 704 819 215 112027
93 297 87 48 573 93 690 997 975 24 52 113039 429 811 23 357
114085 [200] 159 73 021 432 116068 48 158 75 623 563 603 704
919 29 [200] 112091 318 28 723 939 29 956 14717 204 828
529 82 544 212 26 76 1138 68 70 88 157 844 426 694 877
110167 81 326 391 51 479 532 92 68 95 617 855

120065 147 82 880 302 488 48 532 46 699 701 825 28
29 697 124003 283 441 809 701 22 889 120274 [500] 123
232 288 448 89 550 633 842 98 104 124021 34 [200] 118 85
411 34 549 61 622 86 789 822 33 36 61 624 103 124230 452
62 726 83 125158 89 243 309 410 47 624 66 710 830 92
120087 148 78 334 65 401 648 71 78 721 64 974 75 87 127019
41 247 311 15 62 65 72 492 626 714 945 68 128048 279 831
53 80 69 71 712 86 928 120405 093 955

130095 176 86 319 097 31 64 789 [200] 829 33 920 75
131068 449 [300] 70 618 733 800 031 32 124221 309 60 599
609 94 692 130388 61 214 463 535 612 15 46 67 913 39
41 86 134045 61 164 71 225 49 61 83 354 64 864 907 135102
93 269 88 537 78 [200] 623 47 930 83 130989 111 207 62
[300] 325 46 559 90 826 93 918 35 137143 49 324 515 138143
221 39 348 40 919 70 120097 421 62 711

140179 89 267 432 88 513 678 854 93 954 141047 343
480 91 96 325 53 853 992 142267 138 47 221 51 410 304
143128 239 029 335 93 481 566 68 759 63 144426 129
914 71 49 145114 13 332 410 506 97 140018 100 941
210 111 [200] 579 621 732 89 82 88 147001 124 23 321 422
81 892 633 148106 219 318 830 [200] 149118 259 86 428
606 82 939 70

150495 232 504 730 663 933 151074 235 316 419 69 87
160135 817 152119 49 66 213 504 150375 102 37 28
297 417 578 77 818 89 152427 388 736 48 896 928 96
158906 56 192 319 873 439 83 860 602 99 767 92 092 93
159691 194 261 62 248 328 456 89 899 157132 145 852
159644 127 281 427 566 67 739 159939 302 313 24 83 497
503 739 94 999 69

160127 309 71 [300] 389 88 402 337 65 756 888 928
161094 154 407 622 36 17 374 162007 82 299 356 72 547
250 840 85 907 162029 134 33 317 460 621 68 164205 101
267 307 372 623 903 903 163039 124 275 304 461 511 856 956
164084 87 181 248 99 80 87 491 287 67 821 45 167841
59 235 82 612 703 71 974 168227 296 41 52 405 70 977 88
169023 68 182 216 66 335 [300] 401 43 600 669 92 798 817 49
901 2 75

170217 81 479 [300] 512 628 72 37 99 781 171285 493
[300] 548 708 824 172204 33 334 446 573 99 807 1729318
189 429 513 622 810 174151 61 254 373 412 754 853 969
175106 61 222 370 455 784 870 [300] 176021 274 411 644
76 177070 153 69 472 574 841 786 927 178063 151 203 82 93
619 49 [200] 898 908 75 179068 385 467 584 730 93 960
178021 146 202 48 53 39 492 507 74 628 746 530 181155
401 728 51 56 120447 83 146 72 [200] 275 182071 102 114
82 [300] 295 24 300 80 470 502 616 720 31 282 88 88 97 989 78
184403 598 65 650 185054 189 289 497 678 706 81 186019
99 130 64 211 91 420 510 83 869 848 287 187072 178 89 98
285 326 831 824 188887 147 281 619 189198 90 289 286
189008 237 68 479 673 781 810 79 191181 462 35 531
32 620 784 90 477 192209 230 72 95 455 689 712 19023 35 505
965 83 193108 404 10 563 730 74 89 194025 113 79 28
326 37 39 43 88 438 195001 41 95 271 391 14 559 817 194026
64 82 89 39 624 702 29 197101 218 419 43 907 1948015
127 97 257 310 14 676 712 199037 97 295 384 39 628 26
48 791 890 94 3

200135 407 21 61 203016 149 15 453 74 631 42 75 86 711
16 821 910 37 202958 498 337 335 203007 160 201 88 [200]
97 937 34 591 676 736 48 204531 465 513 697 1729318
386 904 730 890 69 846 205041 254 354 416 50 610 807
62 20717 473 536 667 89 70 22 44 61 81 87 208077 239 622
62 789 830 209214 61 89 330 404 647 755 79 807 988 72
210015 126 35 38 397 377 480 211099 70 225 61 313 39 29
74 494 320 620 738 21215 46 47 302 94 89 376 84 480 817
680 727 937 59 213041 54 [200] 150 239 394 41 494 976
774 214042 93 202 530 84 741 78 215056 20 62 62 301 4
812 604 518 30 649 789 72 887 216004 15 98 170 210 543 59
28 711 38 81 822 972 217114 82 89 209 357 258 453 80 512
791 948 [200] 214006 35 45 376 75 480 521 744 70 819
219249 310 545 680 803 47 927 96

220077 83 110 293 386 456 513 61 735 831 221039 186
331 282 82 823 65 222244 88 54 69 870 80 2252007 09 442
35 535 638 789 891 935 29 224174 235 28 44 846 598 625 38
738 699 915 46

2. Ziehung 2. Klasse 204. Reg. Preuß. Lotterie
Ziehung vom 11. Februar 1901, nachmittags.
Aus der Gewinne über 120 Mill. hat den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

13 22 203 668 85 710 805 911 62 71 1300 19 175 652
865 48 57 923 89 98 929 948 [200] 68 89 499 777 93 528
957 2127 658 434 94 613 4115 70 307 77 402 95 538
89 710 67 229 85 733 5034 61 177 362 461 548 697 711 689
6341 46 55 50 43 99 [300] 51 83 646 9 320 69 7034 152
230 319 599 607 73 724 87 88 95 77 8013 23 84 131 687 598
92 697 730 64 807 902 [200] 9009 35 129 91 264 321 89 47
406 88 570 85 652 73 89 891

10022 146 50 507 725 30 44 90 99 11134 407 21 35 85
699 711 41 873 12405 149 439 13078 318 882 58 495 545
51 708 54 [200] 88 941 14210 41 54 310 222 494 13 19 685
53 909 80 89 12001 239 370 605 000 140136 59 509 697
718 36 49 904 17082 84 489 508 79 88 680 888 18015 127
41 443 76 603 19141 29 223 86 311 679 772 886 [1000] 69
921 87

20104 28 87 407 40 536 99 925 27 29 74 21298 149 416
607 739 22018 108 87 259 98 982 479 756 800 967 24000
105 350 61 422 56 889 24255 202 72 74 855 93 764 820 41
629 23071 67 106 78 324 67 93 426 75 327 962 2419 85 79 333
87 865 74 77 899 327147 256 66 68 679 499 664 747 282015
300 430 612 37 38 759 833 972 240008 121 253 358 488 610
63 739 29

200989 304 222 55 696 525 22 79 673 538 63 927 81
21149 51 67 518 675 738 77 813 35 35904 132 75 611 27 41
110 79 837 68 25209 229 863 413 538 613 54478 96 567
643 802 35027 40 44 139 33 624 96 732 347 38023 117
20 000 311 39 484 37404 201 909 90 553 738 902 38002
59 58 904 12 28 96 523 718 826 28 86 923 30031 146 66 78
251 35 359 467 58 92

40057 195 285 414 768 961 41323 80 508 811 50 86 97
905 42216 96 427 109 89 901 921 94 43555 356 622 617
51 981 44077 812 80 483 622 72 788 973 45010 22 582 54
802 44687 107 77 659 705 29 292 974 47073 130 300 33 67
750 982 48148 49 251 579 622 73 724 923 49084 308 481 87
412 692 805 910 43

50004 [200] 35 74 98 280 403 513 655 97 811 88 51315
305 404 45 89 669 93 52 622 28 240 800 985 63031 [200] 38
46 125 807 184 74 881 927 41 81 84028 353 49 470 620
870 79 76506 684 84 206 8 077 404 65 95 652 74 76 70 882
67 830 70 50000 121 25 288 308 56 617 794 670 803 67002
160 299 670 831 68009 59 594 708 46 944 45 982 900107
531 579 710 16 39 50 811 913 91

60046 305 86 880 935 55 61066 190 39 431 65 89 519
727 [200] 899 45077 148 92 328 31 529 88 674 838 69309
292 318 311 28 87 623 239 64335 18 31 74 527 775 45011 41
126 227 33 75 87 423 66 513 77 621 897 66213 383 65 579
718 901 67139 [200] 160 83 58 627 66 88 882 96178 99
227 238 304 824 62 60112 169 78 416 828 46

70023 196 263 86 507 928 71114 42 46 271 81 850 406
589 90 812 48 800 72125 41 193 328 48 458 774 817 99
984 99 73067 94 828 450 517 624 789 888 48 88 904 39
74055 148 214 397 444 301 60 634 74 891 91 924 76000 127
64 292 288 407 62 851 65 947 70151 308 69 605 730 883
77101 35 538 528 628 774 681 78000 20 70 84 311 78 493
36 231 834 79052 174 216 797 917 55

80006 199 73 79 759 81117 299 412 43 528 616 [200]
775 87 936 80498 697 784 838 84098 131 201 80 88 315
14 48 372 620 700 77 84192 308 50 579 652 70 822 47 945
74 86008 73 67 251 384 890 80319 010 1 [200] 76 803 87946
129 327 33 441 56 584 52 69 49 68

Kommunales.

Eine außerordentliche Magistratsitzung findet am Dienstag, den 12. d. M., zur Erledigung von Staatsberatungen statt.

Die Betriebs-Krankenkasse der Stadt Berlin hat den Beschluß gefaßt, für den Fall, daß es den übrigen hiesigen Krankenkassen nicht gelingt, die Apothekenbesitzer zu bewegen, den sämtlichen Klassen den bisher verweigerten Rezeptur-Rabatt zu gewähren, und die Klassen genötigt werden, gegen die Apothekenbesitzer vorzugehen, sich diesem Vorgehen anzuschließen.

Lokales.

Der Jahresbericht der Ältesten der Kaufmannschaft

ist gestern erschienen. Das 98 Foliosseiten starke Heft, das sich über Handel und Industrie des vergangenen Jahres verbreitet, hält sich etwas pedantisch an seinen Titel. Es ist durchweg nur ein Bericht über Vorgänge und nichts weiter; vorsichtig wird in den meisten Fällen verurteilt, zu den mancherlei Fragen, die die Kaufmannschaft interessiert haben, eine bestimmte Meinung zu äußern. Nur an zwei Stellen nimmt der Bericht eine entschiedene Haltung ein: bei Erörterung der Warenhaus-Steuer und zu der Frage der künftigen deutschen Handelspolitik. Nachdem auf den scharfen Protest hingewiesen worden, in welchem die Ältesten sich vergeblich gegen die rückwärtsgerichteten Drangsalierungsgeleise des Abgeordnetenhauses wandten, heißt es nunmehr über die Wirkung jener Maßregel, welche einer notwendigen wirtschaftlichen Entwicklung durch Zwangsmaßnahmen den Weg verunmöglichen sollte: „Vielleicht wird die deutsche Volkswirtschaft vor einer weiteren Verfolgung des mit der Warenhaus-Steuer eingeschlagenen Weges bewahrt werden durch deren Erfolglosigkeit. Von dieser bleiben wir überzeugt sowohl aus sachlichen Gründen als auch durch die Beobachtung der ausländischen (französischen) Beispiele. Vereinzelt haben die Zeitungen zahlreiche Meldungen gebracht, daß Warenhäuser die Last mit Erfolg auf die ihnen regelmäßig liefernden, meist kleineren und mittleren Fabrikanten oder auch zugleich auf ihr Personal abzuwälzen versucht hätten. Die Ausführung des preussischen Gesetzes wird noch große Schwierigkeiten machen. Zu der bevorstehenden Kündigung der Handelsverträge sagt der Bericht:

Wir würden es für das Nützlichste halten, wenn diese Kündigung unterlassen würde, wenn also der bestehende Zustand der mittel- und osteuropäischen Handelspolitik erhalten bliebe, da sich bei ihm die deutsche Volkswirtschaft im ganzen wohl befinden hat und zu beschleunigen ist, daß sie bei der Neuordnung nur schlechter fahren wird. Weiter wird dann mit der Resignation der Hoffnungslosigkeit konstatiert, daß sich der Ruf nach verstärktem „Schutz der nationalen Arbeit“, d. h. nach verstärkten Sonderprivilegien einzelner Interessentengruppen, am meisten vorgebrängt, während die weit größeren und berechtigteren Interessen, welche zollpolitische Maßnahmen verlangen, allzu wenig zu Worte gekommen sind. Ueber die Versuche, welche die Ältesten der Kaufmannschaft machen wollen, um nimmermehr in letzter Stunde „zum Wort zu kommen“, läßt der Bericht seine Leser im unklaren. Ueber die besonderen Berliner Verhältnisse lassen sich die Ältesten, wie gesagt, nur referierend aus, wenn auch selbstverständlich immer im streng kapitalistischen Sinne. Mehrfach wird mit Bedauern bemerkt, daß die Erhöhung der Arbeitslöhne den Geschäftsgewinn beeinträchtigt hätte, so u. a. auch bei der Brauindustrie, die sich doch wahrlich nicht über schlechte Geschäfte beklagen kann. Desgleichen wird im Bericht über den Kohlenmarkt wieder die alte Geschichte aufgetischt, daß der sächsisch-böhmische Streik zu Beginn des vorigen Jahres an der Kohlentenerung wesentlich schuld sei.

Dem Patriotismus des Geldsacks giebt die Klage Kunde, daß das Interesse vieler deutscher Kapitalisten sich vollkommen der Londoner und New Yorker Börsen zugewandt habe, wodurch der Interessentenkreis für heimische Werte sich nochmals erheblich reduziert habe. Auch beim hurrabegeistersten Patrioten löst sich die heiligste der Bande wie auf Kommando, wenn sie an Dividenden-Trächtigkeit verliert.

Was kosten die Junter? Unter diesem Stichwort ist am Sonntag früh von unsren Parteifreunden ein Flugblatt in rund 800 000 Exemplaren verbreitet und somit eine größere Agitation gegen die Broterverteiler eingeleitet worden. Am Mittwoch wird in ca. 20 Verammlungen die Propaganda fortgesetzt, um so weiten Kreisen der Bevölkerung Aufklärung zu verschaffen über jene schändliche Politik des Lebensmittelswunders, die vor allem die deutsche Arbeiterklasse am schwersten treffen wird. Wir schätzen gewiß nicht zu hoch, wenn wir annehmen, daß am Sonntag wohl an 10 000 hilfsbereite Kräfte, emsig treppauf treppab steigend, als freiwillige Boten zur Uebermittlung der Flugblätter gebient haben. Besonders im vierten und sechsten Wahlkreis war kein Mangel an Mannschaften vorhanden. Die bekannten Lokale, wo die Entstellung und Ausgabe der Flugblätter erfolgte, waren zur festgesetzten Stunde überfüllt, und kaum noch einer Stunde war die Arbeit getan. Schwerer ist die Arbeit, wo die Kräfte nicht so zahlreich anzutreffen sind. Da hilft nicht selten die ganze Familie, um für den Vater die Arbeit nicht allzu schwer zu gestalten, wie dem auch die Frauen sich immer mehr hilfsbereit in den Dienst der Partei stellen. Im ganzen ist das Werk gut gelungen, und eine Aktion unternommen, die keine andere Partei vollführen könnte, selbst dann nicht, wenn sie die Arbeitskräfte sich erkaufen würde. So ist die Miesnarbeit ohne jede Entschädigung geleistet, es fällt keinem ein, klingende Münze für den Parteidiens zu beanspruchen, denn als einen Dienst für jene hohen Aufgaben unserer Partei faßt jeder Parteigenosse seine Tätigkeit, ihr stellt er gern und opferbereit seine Kräfte zur Verfügung.

Einen Protest gegen den Minister Schöndstedt veranstalteten am Sonntagmittag im Saale der Victoria-Bräuerei die jüdischen Bürger. Es handelte sich um eine Abwehr jener Keulung des Ministers im Abgeordnetenhause, die dahin lautete, daß eine gleichmäßige Behandlung der Juden im Staatsdienst nicht zulässig wäre. Das Referat hatte Stadtverordneter Dr. Nathan übernommen, und es beteiligten sich an der Debatte Louis Sachs und Justizrat Cassel. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die verammelten jüdischen Bürger Berlins legen nachdrücklich Verwahrung ein gegen die aus den Reden des preussischen Justizministers vom 31. Januar und 8. Februar er. ersichtlichen Verwaltungsgrundsätze, welche mit aller Deutlichkeit ergeben, daß wirre Glaubensgenossen wegen ihrer Zugehörigkeit zur jüdischen Religion die Gleichberechtigung im preussischen Staatsdienst nicht genießen.“

Der vierde Landgemeindegtag, einberufen vom Verband der altpreussischen Landgemeinden, trat am Sonntagmittag im Stadtverordneten-Sitzungsaal des Berliner Rathhauses zusammen. Es waren 78 Delegierte aus den verschiedenen Ortshäusern der preussischen Monarchie erschienen, die meisten Berliner Vororte waren durch ihre Amtsvorsteher vertreten. Von besonderem Interesse bei den Verhandlungen war ein Antrag von Lindquist und Giese-Welten, welcher die Verstaatlichung der Volksschule anzustreben empfahl. Amtsvorsteher Giese führte aus, daß die Gemeinden, was die Schulen anbelangt, viel Pflichten aber wenig Rechte besitzen. Die Schullosen seien auf die einzelnen Gemeinden keineswegs gleichmäßig verteilt und in sehr vielen Orten herrschen, trotz der Staatszuschüsse, in den Schulen geradezu unhaltbare Zustände. Die hygienischen Einrichtungen seien unzureichend, auch mangle es vielfach an geeigneten Schulgebäuden. In zahlreichen Gemeinden seien

die Schulklassen überfüllt, die Lehrer überlastet. Da der Staat das größte Interesse an der Volksbildung habe, empfehle es sich, daß er selbst die Schulklassen übernehme und in allen Gemeinden eine einheitliche Schulordnung einführe. Amtsvorsteher Wille-Reinholdsdorf erklärte sich gegen die Verstaatlichung der Volksschulen und wünschte nur eine anderweitige, gerechtere Verteilung der Schulklassen. Nach lebhafter Debatte gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Der Landgemeindegtag beauftragt den Vorstand des Verbandes altpreussischer Landgemeinden, beim Ministerium sowie beim Abgeordnetenhause in einer Petition dahin vorstellig zu werden, unabhängig von der zu erlassenden neuen Schulordnung ein Gesetz zu schaffen, welches die Dedung der Schulklassen dem Staate überträgt.“

Von der Gründung einer Pensions- und Witwenkasse für besoldete Gemeindebeamte wurde bis auf weiteres Abstand genommen. Vom Minister des Innern war ein Schreiben eingegangen, das eine Aenderung der jetzigen Wege-Ordnung in Aussicht stellte. Die Versammlung gab ihrer Genehmigung über diesen Plan Ausdruck und beschloß dem Minister reichhaltiges Material zur Verfügung zu stellen, durch welches die Notwendigkeit einer neuen, einheitlichen Wege-Ordnung, durch die besonders die industriellen Establishments mehr als bisher zu den Kosten der Wege-Unterhaltung herangezogen werden, nachgewiesen werden soll.

Lebhafte Klagen wurden über den erheblichen Bildschaden laut, der den Bewohnern wildreicher Gegenden erwächst. Es wurde mit Bedauern hervorgehoben, daß selbst der Forstschutz nicht darauf bedacht sei, durch Umsiedlung seiner Terrains die Umwohner vor Bildschaden zu schützen. Auch in dieser Frage wurde beschlossen, Material zu sammeln, um eventuell eine Aenderung des Bildschadengesetzes herbeizuführen. Ein Antrag auf Beseitigung des Abbedeckungsprivilegiums wurde, mit Rücksicht auf die kleineren Ortshäuser, denen hieraus Nachteile entstehen würden, abgelehnt. Nach mehrstündiger Beratung wurde der Landgemeindegtag geschlossen, nachdem als Ort der Tagung auch für das nächste Jahr Berlin gewählt worden war.

Ein ungetreuer Postbeamter. Ein Wertbrief über 8000 M., den die hiesige Deutsche Bank der Post zur Beförderung an ein Bankhaus in Korbheim im Harz übergeben hatte, war nicht an seine Adresse gelangt. Die Deutsche Bank ließ daher bei der Post über den Verbleib der Geldsendung nachforschen. Kurz nachdem die Untersuchung eingeleitet war, empfing der Adressat einen Brief ohne Wertdeklaration, bei dessen Oeffnung sich die vermehrte Wertsendung vorfand. Der Dieb, der die Sendung veruntreut hatte, schien demnach unter den Postbeamten zu sein. Er hatte offenbar infolge der eingeleiteten Untersuchung aus Angst vor Entdeckung seine Bente dem Adressaten zurückgeschickt. Als hierauf der Oberpostdirektor aus Braunschweig zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit in Korbheim eintraf, verschwand plötzlich ein dortiger Oberpostassistent. Der Fälschling wurde jedoch in Frankfurt a. M. ergriffen und in Untersuchungshaft genommen.

Direktor Lappa, der selbstlose Freund Sternbergs, scheint keine rechte Freude im Exil zu haben. Er hat nach einer Meldung des in solchen Sachen zuständigen „Meinen Journals“, seit man ihn auch bei Anklage zum wissenschaftlichen Halsweide beschuldigt, vorsichtigerweise einen noch größeren Zwischenraum zwischen sich und die ihn verfolgende Staatsanwaltschaft gelegt. Anheimend hat er sich in der englischen Metropole nicht mehr sicher gefühlt, denn die Kriminalpolizei hat sichere Hinweise, daß Lappa London bereits verlassen hat. Seine in der Herderstraße 11 zu Charlottenburg belegene, sichtlich eingerichtete Wohnung wird von einem Dienstmädchen in Ordnung gehalten, das von Frau Lappa auf mehrere Monate im voraus entlohnt wurde. Wo Frau Lappa sich gegenwärtig aufhält, darüber ist man verschiedener Meinung. Von der einen Seite wird behauptet, sie halte sich bei Angehörigen auf, von der andern, sie sei bei ihrem Manne. Gewisse Anzeichen sprechen dafür, daß die letztere Annahme die wahrscheinlichere ist. Am Neujahrstage traf Frau Lappa unvermutet in ihrer Wohnung ein, hielt sich jedoch nur anderthalb Stunden dort auf. Sie verschwand wieder, nachdem sie Papiere zu sich gesteckt und dem Dienstmädchen einige Anweisungen erteilt hatte.

Eine böse Ueberraschung wurde am Sonntagmorgen dem Kaufmann Vetto Eder zu teil, als er mit seiner Ehefrau und dem im Geschäft thätigen Frau. Luise Jeske von einem Maskenball heimkehrte. Schon im Laufe des Sonntags wurden Vorbereitungen für das Fest getroffen und am Abend die Kinder für die Nacht aus der Auguststraße 33 neben dem Cigarettenladen belegen Wohnung zu den Schwiegereltern gebracht. Das müssen Eindrehen von benachbarten Kassenräumen aus beobachtet und dann den für sie günstigen Zeitpunkt abgepaßt haben. Mit einem Ruckschlüssel öffneten sie das Haus, drangen durch Herausnehmen einer Thürfüllung in die Wohnung und dann zunächst in die Küche. Nachdem sie die Fenster verhängt hatten, suchten sie mit einer Lampe die Wohnung ab und fanden in einem auf ein Bett gelegten Kiste des Hrn. J. ihre aus Beförderung vor dem Verlieren zurückgelassenen Ersparnisse von 150 M. und die Schlüssel zu den Schaltern. Aus der erbrochenen Ledertasche fielen ihnen 180 M. zu, ein weiteres Suchen hinter Cigarettenkästen blieb ohne Erfolg. Jetzt kam die Wohnung an die Reihe. Dort entnahmen die Diebe einem Schreibtisch 100 Silberrubel und 50 halbe Silberrubel, die E. aus seiner Heimat mitgebracht hatte. Außerdem nahmen sie eine Strawattennadel, Ohrringe und Fingerringe von Gold mit, beluden sich mit 3000 Cigaretten und 10 000 Cigaretten und entschlüpfen durch ein Fenster nach dem Hof. Außer dem Diebesgut ließen sie ihr Handwerkszeug, einen Stechbeutel, eine Spitzfeile, eine Säge, eine Zange und ein Messer zurück. Gesehen hat sie niemand.

Zum zweitenmal eingebrochen wurde innerhalb einer Woche in die Baracken an der königlichen Charité. Mit erstaunlicher Dreistigkeit waren vor acht Tagen Eindrehen in die Baracken der Krankenschwestern eingedrungen und hatten aus den vor den Betten der schlafenden Mädchen liegenden Kleidern die Schlüssel zu den im Nebenräume stehenden Schränken geholt, um aus den letzteren die besten Kleider zu entnehmen. Außerdem wurden kleinere Gegenstände aus dem Schlafzimmer von den Tischen mitgenommen, ohne daß bisher die Täter ermittelt werden konnten. — In der Nacht zum Sonntag erhielten die Mädchen einen zweiten Besuch, der einem im Zimmer hängenden Regulator galt. Mit diesem sind die Diebe eben nur bis an den Einsteigungsraum gekommen. Dort liegen sie die Uhr stehen, nachdem sie aufscheinend gestört worden waren.

Ueber die polizeiliche Andräumung des „Gammelstalls“ wird berichtet: Am Montagmorgen um 4 Uhr fand unter Führung der Kriminalkommissare Finkenhan und Braun sowie des Gerichtsassessors Lindau eine große Streife statt, die zunächst dem „Gammelstall“, einer „Kassennuß“ an der Ecke der Rosenhale- und Steinstraße galt. Es handelte sich um die Befreiung von Schaulastern und Abhängigkeiten und Platterfahren. Im ganzen wurden 125 Personen, unter ihnen eine Anzahl geistlicher, eingebracht, von denen etwa dreißig nach dem Polizeidienstgebäude übergeführt wurden. Nachdem die Räume leer waren, fanden die Beamten noch einen Vorrat von Diebeshandwerkszeug, das die Besitzer bei ihrer Ueberrumpelung fortgeworfen hatten.

Von einer Drohke ist gefahren wurde am Sonntagabend gegen 9 Uhr die 67 Jahre alte Witwe Auguste Jabel geborene Poliger aus der Mauerstraße 67. Die Greisin befand sich auf dem Wege durch die Köpenickerstraße und wollte vor Nr. 32 den Fahrdramm überschreiten, als der Wegeneiser 7633 sie unwillig überfuhr. Ein Schuttmann des 43. Polizeireviere machte die ohnmächtige Frau nach einer Unfallsaktion, wo sie alsbald infolge der erlittenen Verletzungen starb.

Eine Liebesstragödie eigener Art spielte sich am Sonntagabend gegen 12 Uhr auf der Kronprinzenbrücke ab. Die Köchin Anna Gory, die in der Roonstraße in Stellung ist, unterhielt ein Liebesverhältnis mit dem Korbmacher Ignaz Paprote, der seit einiger Zeit in Spandau arbeitete. Die Gory hatte nun, sei es, daß sie den Besuch ihres Bräutigams nicht erwartete, sei es, daß er ihr nicht mehr gefiel, Urlaub genommen und war mit dem neuen Schatz aufgegangen. Der Pole Paprote fand das Nest leer, als er seine Braut abholen wollte. Eiferjudt und Wut stiegen in ihm auf und er beschloß, nachdem er vergebens nach dem Mädchen gesucht hatte, ihre Mißthat abzuwarten. Endlich gegen Mitternacht kam der Augenblick: Paprote sah seine Geliebte in Begleitung des Nebenbuhlers auf der Kronprinzenbrücke einen Bogen der Straßenbahn verlassen. Blindlings stürzte er sich auf das Mädchen und zerhüllte auf den Kopf der Ahnungslosen eine Flasche mit einer ätzenden Flüssigkeit. Die Gory trug eine kassende Wunde über dem linken Auge davon, und der Inhalt der Flasche drang ihr in das Gesicht, so daß das linke Auge für verloren gilt. Nachdem er dann noch die Treuloose durch Schläge gequält hatte, warf er sich auf den Verführer, der sich aber die Thätlichkeiten nicht gefallen ließ. Es entstand eine Prügelei, in die sich auch andre Personen einmischten, als das Mädchen blutend zusammenbrach, und als bekannt geworden war, daß Paprote die Gory mit einer heftigen Flüssigkeit übergoßen hatte. Der betrogene Bräutigam mußte derbe Schläge für seine Rachehat hinnehmen und wurde dann zusammen mit seiner Braut durch einen Schuttmann nach der Charité gebracht. Die Gory mußte wegen der Schwere ihrer Verletzungen im Krankenhaus verbleiben, während Paprote nur einen Verband erhielt und dann in polizeilichen Gewahrsam abgeführt wurde.

Ein gemeingefährlicher internationaler Hotel Dieb, der schon mehrfach bestraft ist und in den Berliner Hotels auftrat, wo der falsche Herr Lakoware seine Diebereien ausführte, wurde in dem 22 Jahre alten Sigmund v. Jaruntowski abgefaßt und verhaftet. Der junge Mann, der aus einer sehr guten Familie stammt und das Gymnasium durchgemacht hat, unternahm seine Kunststücken durch Frankreich, Belgien, Holland und Deutschland. In der letzten Zeit waren in Berlin wieder mehrere Brillanten-Diebstähle in Hotels vorgekommen, und eine Frauensperson in Leipzig, namens Jarlas, wurde auf Ersuchen der hiesigen Kriminalpolizei festgenommen, als sie Juwelen abgeben wollte, die in Berlin gestohlen wurden. Sie wollte nicht eingestehen, wer ihr die Brillanten ausgeliefert hatte, nannte aber den Namen Sigmund. Dadurch gelang es dem Kriminalkommissar Wehn, den Jaruntowski hier zu verhaften, nachdem ein Verhaftsbau auf ihn gefallen war. In einem Hotel unter den Linden wurde er abgefaßt, als ihm für 30 000 M. Brillanten in die Hände gefallen waren. Er hat schließlich eingestanden, daß die Jarlas in Leipzig seine Geliebte und Gehilfin ist, und auch noch vier andre Juweliendiebstähle zugegeben.

Schwerer Mannfall. Bei dem Bau der Schule in der Kesselfstraße hat sich heute mittag ein schwerer Unfall ereignet. Es stürzte eine Mauer ein und begrub unter ihren Trümmern zwei Maurer, von denen der eine sofort tot war.

Einen Selbstmord beging die 44 Jahre alte Arbeiterin Marie Khaba, die bei ihrem verheirateten Bruder in der Gussienstr. 68 in der Friedrichstraße wohnte. Die Angehörigen hatten in der Nacht zum Sonntag einen Maskenball mitgemacht, die M. aber, die leidend und nervös war, nicht mitgenommen. Als die Eheleute am Sonntag nachmittag um 2 1/2 Uhr erwachten, fanden sie ihre Verwandte in der Küche an einem Galen hängend tot auf. Ein Arzt konnte nichts mehr ausrichten.

In den Tod gegangen ist am Sonntagabend die 22 Jahre alte Buchhalterin Henriette Helwig, die Krausenstr. 43 seit einer Woche in Pension wohnte und in dem Möbelcomptoir von H. Magagninstr. 10, beschäftigt war. In der letzten Zeit zeigte sie bald große Erregung, bald Niedergeschlagenheit. Während der Anwesenheit des Prinzipals verließ sie das Comptoir und wurde später von Angestellten in einem Nebenraum erhängt aufgefunden. Der Beweggrund der That ist noch nicht bekannt.

Auf schreckliche Weise am das Leben gekommen ist am Sonntag früh der 37 Jahre alte Zimmermann Wilhelm Bischoff aus der Friedrichselderstr. 5. Er arbeitete in Rigdorf und wurde dort am Sonntagabend um 11 Uhr in etwas angeheitertem Zustand gefaßt. Bald nach Mitternacht langte er vor dem Hause an, in dem er wohnte, fand aber die Thür verriegelt und betrat den Hof des offenstehenden Nachbargrundstücks Nr. 3-4, der durch eine etwa drei Meter hohe Mauer von dem Nebengrundstück getrennt ist. Zum Schutz gegen Diebe ist die Mauer aber mit handlangen eisernen Spigen versehen. Von einem Holzbock aus suchte er die Mauer zu überklettern, blieb aber mit den Hockschößen an den Spigen hängen, fiel auch mit der rechten Gesichtseite auf die Galen und verwickelte sich schließlich mit dem Hals daran in den Hof, daß er in einer Art von Schlinge steckte. Man konnte er weder vorwärts, noch rückwärts und wurde erlängt. Ein Fuhrherr M. fand ihn morgens um 7 1/2 Uhr, als der Tod bereits eingetreten war. Er hinterläßt die Frau mit 4 kleinen Kindern.

Erhängt hat sich am Sonntagabend der nahezu 70 Jahre alte Arbeiter Lange aus der Dalldorferstraße 2. Er bildete sich ein, Nachtschmerzen zu haben, während in Wirklichkeit die Unterstüßung seiner Kinder ihm sicher war.

Ein Wohnungsbrand, bei dem sich eine Frau schwerzhaft Brandwunden und eine starke Rauchergiftung zuzog, rief die Feuerwehr Sonntagabend 10 1/2 Uhr nach Deutschstr. 9. Hier wohnte im zweiten Stock des Seitensflügel seit 8 Jahren der Holz- und Kohlenhändler J. Kähne, der einer Vereinsigung beizohnte, während seine Frau sich zu Hause eine warme Stube besorgte. Aus nicht ermittelter Ursache hatte sich nun das Ofenrohr aus der Wand losgelöst, wobei Kleider, Betten und Möbel Feuer fingen. Da der Hausrat nicht versichert war, suchte Frau Kähne zu retten, was möglich war. Da keine Wasserleitung vorhanden ist, konnte das Feuer auch nicht wirksam bekämpft werden, bis die Feuerwehr eintraf. Allen Anmahnungen zum Trost suchte Frau K. immer von neuem in die verqualmte und brennende Wohnung vorzudringen und zog sich dabei neben Brandwunden auch eine Rauchvergiftung zu. Sie wurde von den Samaritern der Feuerwehr und später von einem Arzt in Behandlung genommen.

Hygienische Vorträge. Der von der Allgemeinen Orts-Krankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs veranstaltete Cyclus hygienischer Vortragsabende wird auch im Laufe dieser Woche fortgesetzt.

Am Dienstag, den 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in der Aula der Ober-Realsschule, Schloßstr. 27, spricht Herr Dr. Rothschild über „Geschlechtskrankheiten“ und am Freitag, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in der Aula der Gemeindegatschule spricht Herr Dr. Holz über „Frauenkrankheiten“.

Der Zutritt steht jedermann kostenlos frei.

Orgelvortrag. Die Konzertängerinnen Fel. W. Gadow, Frau Alma Vanden-Aberhold und Fr. Marie Mandelbagen, das Streichquartett der Herren Konzertmeister Herm. Verlaß, Hans Stray, Wilh. Schneider und Fritz Grohe und Herr Ed. Polke unterführen den Orgelvortrag, welchen Herr Musikdirektor Otto Diemel Mittwoch, den 13. Februar, mittags 12 Uhr in der Marienkirche bei freiem Eintritt hält.

Aus den Nachbarorten.

Groß-Richterfelde. Der socialdemokratische Wahlverein hält am Mittwoch, den 13. Februar, abends 8 Uhr, im Pögelischen Lokal, Chausseest. 104, seine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Genosse Dr. Vorhards spricht über „Elektricität und Kulturfortschritt“.

Da außerdem noch wichtige Beratungsgegenstände vorliegen, ist zahlreiches Erscheinen der Mitglieder dringend geboten. Der Vorstand.

Eine neue Straßenbahnlinie nach Halensee wird dieser Tage von der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn-Gesellschaft eröffnet werden. Anfang dieser Woche findet die landespolizeiliche Abnahme der Geleise und der elektrischen Anordnung der Straßenbahn vom Amtsgericht Charlottenburg durch die Goldendörffstraße bis zur Stadtbahn, unter dieser durch auf das Wilmersdorfer Gebiet, hier durch die Joachim-Friedrichstraße bis zum Kurfürstendamm, durch das Polizeipräsidium und die Eisenbahndirektion Berlin statt. Unmittelbar darauf erfolgt die Eröffnung der Linie Anie-Bismarckstraße, Suarezstraße, Amtsgerichtsplatz, Goldendörffstraße, Joachim-Friedrichstraße, Kurfürstendamm auf den Geleisen der Westlichen Berliner Vorortbahn bis zum Henrietteplatz beim Bahnhof Halensee. Der Betrieb erfolgt in Abständen von je 10 Minuten. Der Fahrpreis für die ganze Strecke vom Anie bis Halensee beträgt 10 Pf. Am Anie in Charlottenburg ist Anschluss nach Moabit und dem Stettiner Bahnhof, zum Brandenburger Thor und dem Alexanderplatz sowie zum Lützowplatz. Es werden hierfür Umsteigerfahrtscheine ausgegeben.

Neu-Weihensee. Daß die Gemeindevertretung eine Wohnungsnote anerkannt hat, ist den Grundbesitzern arg in die Glieder gefahren. In der letzten Versammlung der Grundbesitzer wurde demonstrativ das Vorhandensein einer Note auf diesem Gebiete geltend gemacht, gleichzeitig aber wiederum in einer die ärmere Bevölkerung beleidigender Weise der Standpunkt vertreten, daß es auch nicht schade sei, wenn zahlungsunfähige Leute keine Wohnung erhalten würden. Eine Resolution, die die obige Ansicht zum Ausdruck brachte, wurde einstimmig angenommen.

Wenn man bedenkt, daß die Vertretung der Gemeinde nur die minimalsten Forderungen, welche in punkto Wohnungsfrage zur Durchführung gebracht werden müssen, gut gelassen hat, so beweist das Vorgehen der Hausagrarier aufs neue, daß von dieser Seite die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer kleinen Clique untergeordnet werden. Gerade die zur Unterbrechung der Zustände auf dem Gebiete der Wohnungsfrage von der Gemeindevertretung eingesetzte Kommission besteht in ihrer Mehrheit aus Personen, welche Hausbesitzerkreisen angehören. Was man unter solchen Umständen erwarten kann, ist nicht schwer zu erraten. Zu allem Ueberflus ist durch die einstimmige Annahme der Protestresolution festgestellt worden, daß selbst die anwesenden Mitglieder der Wohnungscommission eine Wohnungsnote feigneten, also ihren in der Gemeindevertretung eingenommenen Standpunkt selbst desavouierten.

Hummelburg. Als unbefordeter Amts- und Gemeindevorsteher der hiesigen Gemeinde fungierte seit dem Bestehen derselben Herr Schlicht, welcher sein Amt niederlegte. Die Gemeindevertretung hatte daher am Freitag voriger Woche die Wahl eines Amts- und Gemeindevorstehers vorzunehmen, und zwar soll derselbe mit einer

Befolgung von anfänglich 6000 Mk. pro Jahr angestellt werden. Eine zur Vorbereitung der Wahl eingesetzte Kommission, welcher auch der Vertreter unserer Partei, Genosse Theodor Ritter, angehört, hatte einstimmig den bisherigen Oberbürgermeister von Jersb, Herrn Dr. Gahn, in Vorschlag gebracht. Derselbe wurde von 17 anwesenden Herren mit 14 Stimmen gewählt; 3 Stimmen waren ungültig.

Die Gemeinde des an der Strecke Berlin-Jossen gelegenen Vororts Dahlwitz hat kürzlich einen für das Aufblühen derselben sehr wichtigen Prozeß gewonnen. Im vorigen Jahr war nämlich in diesem noch ziemlich ländlichen Vorort, namentlich in der Umgebung des Bahnhofs, eine sehr rege Bauhätigkeit geplant worden. Der Amtsvorsteher, Hauptmann Spiederemann in Wangsdorf, hatte jedoch die Erlaubnis dazu verweigert mit der Begründung, daß durch die wachsende Bevölkerung auch allerlei unsichere Elemente nach der Ortschaft gezogen werden würden. Dies müsse aber vermieden werden, da schon jetzt häufig Forstdiebstähle in der Umgegend vorgekommen seien. Die Gemeinde legte gegen diese sonderbare Verfügung des Amtsvorstehers Protest beim Kreisamtsrat ein, der sich indessen auf die Seite des Herrn Spiederemann stellte, während der nunmehr angerufene Bezirksamtsrat dem Amtsvorsteher unrecht gab. Jetzt hat nun das Ober-Verwaltungsgericht als letzte Instanz dahin entschieden, daß den Dahlwitzern die Bauverlaubnis zu gewähren sei. Infolgedessen wird sich in Dahlwitz in diesem Jahre eine sehr rege Bauhätigkeit entfalten.

Es muß für den Amtsvorsteher recht betrübend sein, daß er die unsicheren Elemente durch die Streichung des Bauverwaltungsplans nicht fernhalten konnte. Man bedenke, ein so einfaches treffliches Mittel fand nicht einmal durchschlagenden Erfolg beim Verwaltungsgericht. Mag der Amtsvorsteher der Gemeinde Dahlwitz noch lange erhalten bleiben, dann dürfte ihm wohl gelingen, nach einigen besseren in diesem Geiste gehaltenen Reformvorschläge aus dem Dunkel seines bescheidenen Daseins mehr hervorzutreten.

Eingegangene Gelder für das Liebknecht-Denkmal vom 25. Januar bis 7. Februar 1901:
 Portelmann 3.—, Weiß 0.50, Ratze 0.50, Müller 0.50, Dörfer 1.—, W. B. 10.—, F. Sparr 3.—, Otto Bolzin 0.50, Peters 10.—, Hermann Winkler 0.50, Sternberg, Bundt und Genossen 1.—, Julius Nordhau 10.—, Bregel 625 durch Herda 6.—, 4. Kreis Osten 3. B. 5.—, 4. Kreis Südost durch Böhm: 3. Th. 5.—, Th. W. 1.—, Arbeiter und Arbeiterinnen der Buchdruckerei Bading 10.—, Tapetier Dr. Dronienstraße 1.—, 8. Dref. 6.—, 5. Kreis durch Scholle 8.50, Louis Levinohn 2.—, Druderei W. B. 7.10, A. W. Vednerstr. 4 1.—, Schurtagstr. 8. Frau Kolertrier 3.10, Zimmermann, Bau Postgebäude, Heiligegeiststraße 10.50, 4. Kreis Südost durch Böhm von den Arbeitern Post u. Söhne 15.25, 5. Kreis 5.—, G. S. 1.—, 1. Kreis durch Seiler 43.50 (darunter Schneider von Elsch 30.—), Schmalzfabrik A. Wendt, Köpplerstraße 10.—, Bildhauer John — 50.—

8. Kreis durch Goh; Kaufhaus Collegia 8.—, Dr. Jabel 10.—, Silberpfeiler von Kral 2.—, Kreis Niederschönhausen: Arthur Stöckhagen, W. d. W. 5.—, Adolf Garg, Neu-Weihensee 1.—, Karl Hebrich, Neu-Weihensee 1.—, Verband der in Gemaldebetrieben Beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten Mittlere Berlin 1a 5.—, Max Schmöge, Neu-Weihensee 1.—

Indem wir über diese Eingänge dankend quittieren, richten wir an die Parteigenossen die Bitte, weiter dahin zu wirken, daß das schöne Werk zu Stande komme.

Jeder der unterzeichneten Vertrauensleute der Berliner Socialdemokratie, welche sich als Komitee konstituiert haben, nimmt Beiträge für den Denkmalsfonds entgegen. Christ Bohn, Kronenstraße 85, vorn III. bei Gahn, Gustav Seiler, Platanenstraße 8, III. Paul Scholz, Fiedrichstraße 85, IV. Gustav Schmidt, Alexandrinenstraße 7, Hof II. Franz Hoch, Admiralsstraße 7, vorn IV. Robert Wengels, Große Frankfurterstraße 183, Hof part. Otto Franke, Postfachstraße 9, D. part. Emil Voigt, Paderstr. 33, part. Paul Böhm, Oppelnerstr. 14, vorn IV. Jacob Meul, Dammstr. 42, Wilhelm Scholle, Landwehrstr. 3, August Hinge, Postfachstraße 13, Johann Pfarr, Postfachstr. 10, vorn parterre. Herm. Rasche, Hochstr. 82b, vorn parterre. A. Wänich, Schliemannstraße 45, August Schelle, Charlottenburg, Diemarstr. 84, Rudolf Garg, Weihensee, Lehderstr. 5.

Ebenfalls werden in der Expedition des „Vorwärts“, Deutschstr. 2, Beiträge entgegen genommen.
 J. A.: J. Pfarr, Postfachstr. 10.

Weizen, gut	D. Str.	—	—	Kartoffeln, neue, D. Str.	7—	5—
„ mittel	„	—	—	„ alt	1,50	1,20
„ gering	„	—	—	„ do. Hauch	1,50	1—
*) Roggen, gut	14,20	—	—	Schwefelkies	1,50	1,10
„ mittel	„	—	—	„ do.	1,50	1—
„ gering	„	—	—	Hammeleis	1,80	1,00
*) Weizen, gut	15,40	14,70	—	Butter	2,80	2—
„ mittel	14,60	13,90	—	Eier	60 Stück	5,50 3,20
„ gering	13,80	13,20	—	Karpfen	1 kg	2,20 1,20
*) Hafer, gut	15,90	15,30	—	Kale	„	2,80 1,40
„ mittel	15,20	14,60	—	Hander	„	2,50 1,20
„ gering	14,50	13,90	—	Heide	„	2,20 1—
Nichtstroh	7,10	6,60	—	Barische	„	1,00 0,80
Heu	7,80	5,10	—	Schleie	„	3— 1,20
Gras	40—	35—	—	Biele	„	1,40 0,70
Wasserschilfen	45—	38—	—	Kreide	per Eßel	12— 3—
Kinlen	70—	30—	—			

*) ab Bahn.
 *) frei Wagen und ab Bahn.
Wetter-Prognose für Dienstag, den 12. Februar 1901.
 Heißer, teilweise wolfig mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen nordwestlichen Winden; gelinder Frost.

Theater.
 Dienstag, 12. Februar.
Cyrenhaus. Der Troubadour. Bergheimelicht. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Der wilde Reutlingen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reines Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Rodmerholm. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Der junge Goldner. Anfang 7 1/2 Uhr.
Zeßing. Nachmann als Erzähler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ueberunsfreudt (2. Teil). Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Frauen von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reines. Die Liebesprobe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deiken. Das Modell. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionstheater. Gantel Theater: Heberzell. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Alte Liebe roset nicht. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Damenschneider. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belle Alliance. Der Verbalte. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiss. Lumpacivagabundus. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Zwanzig Mädchen und kein Mann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Bummelreise. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Die zwölf unverbrennbaren Fasern. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Hrania. Taubenstr. 48/49. (Im Theaterhaus) Abends 8 Uhr: „Aus dem Tagebuch der Erde“.
Im Orsaal: Prof. Müller: „Leben und Liebe“.
Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.
Passage-Panoptikum und Theater. Die 12 unverbrennb. Fakire. Neu! General Baum, der kleinste Mann der Welt. Eintritt einschließl. Theater 50 Pf.
Deutsche Konzerthallen. An der Spandauer Brücke 3. Täglich: Internationale Künstler-Konzerte. 4 ausländische Kapellen. **Book-Anstich.** Täglich grosse Spezialitäten-Vorstellung.
Cirkus Schumann. Heute Dienstag, den 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr: **Gala-Vorstellung.** Ganz exquisites Programm.
Internationale Ringkämpfe (7. Tag). 1. Paar: Babas II, Vorbeur gegen Gledje Morri, Paris. 2. Paar: Jess Petersen, Dänemark, gegen Victorius Velche, Paris. 3. Paar: Herrmann Axer, Hamburg, gegen Henry Lorange, Paris. Ehren-Schiedsrichter Professor Reinhold Vegas, Alles Nähere: Siehe Tagesheft. Ferner: Die neuen Februar-Spezialitäten. Direktor Albert Schumanns neueste Originaldressuren. Zum Schluss: CHINA, größtes Wasserbüchse, 600 Mitwirkende.
Cirkus Renz-Konzert-Tunnel. Karlstrasse. **Wochentags 7 Uhr.** Nur erstklassige **Spezialitäten.** J. H. Mütt. **Donnerstag 8 Uhr.** **Spezialitäten.** J. H. Mütt. **Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.**
Mecklenburg, Schwarz- u. Brandenburg. Landbrote empf. Profabrik Wiltter, Wiltterstr. 34. Niederlag. b. Platze erstklassig.
J. Brünn (Bahnhof Börse) Hackescher Markt Nr. 4. Wegen Umbau und Erweiterung der Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner **Zeppiche! Gardinen! Steppdecken! Portieren!** zu außergewöhnlich billigen Preisen zum **Ausverkauf!** Einzelne fehlerhafte Exemplare **für die Hälfte des Wertes.**
Maschinen-Anzüge in allen Größen. **Anzug** 3,00 und 2,50 Mk. **Jacken** 1,50 und 2,75 Mk. **Hosen** 1,50 und 2,75 Mk. **Carl Stier.** 7587, Oranienstr. 166.
Reichshallen Stettiner Sänger. Heute: **Eine Soiree bei Schmands.** **Mittwoch:** **Eine Soiree bei Schmands.**
W. Noacks Theater. Brunnenstraße 16. **Wagen des Lebens.** Goldstück mit Selang in vier Akten von E. Treptow und E. Herrmann. Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.** Mittwoch: **Der Rattenfänger von Hameln.** Für Raucher, Wirte u. Liebesverkäufer höchst seltene Gelegenheit, so lange der Vorrat reicht! Eine wundervolle Kaffee- und Bierschokolade, gefüllt mit 1800 Stück Prima-Cigaretten (3 bis 6 Pf. per Stück. Bestenfalls 270 Stück) für nur 24,00 Mk. **Rachmanine!** Streng reelles Angebot! **Umtausch gestattet!** Offerten an **W. 265 Postlagernd Frankfurt a. M.** 2572b
In den ersten Monaten Februar bis Ausgang April liefert ich ein **Kreide-Portrait**, 35x45 cm, zu dem noch nie dagewesenen Preis von 3,50 Mk., ohne Rahmenzwang. **Kennlichkeit garantiert,** nach jeder Photographie. **C. Jensch, Portrait-Maler, Köpplerstraße 112.**
Breslauer Korn a Str. 60 Pf., 80 Pf., 1,00 Pf. a Str. **Bagd-Korn** 1,50 Pf.
Paul Glatzel, Breslau X. Getreide-Korn-Brennerei. (142/5)
Bohnenhalben-Thee (kein Geheimmittel) ärztlich empfohlen bei **Blutarmut, Nierenkrankheiten, Blasenleiden, Zuckerharnruhr, Gicht und Rheumatismus.** Probensendung 3,50 M. franco Nachnahme durch Apotheker Ernst Meyer, Quodlinburg a. D. 14.
Künstliche Zähne. Garantiert Zahn-u. Wurzel-Operationen, Plomben etc. Zähne Ia von 3,00 an. Prima Plomben v. 2,00 an. **Vanni Garantie.** **Dr. med. Zahnheilkunde.** Bruno Steffens, Reanderstr. 21 (Kreuzstr.)
Waschen-Garderobe. Gröste Auswahl. Billigste Preise. **Bereine Freidernähigung.**
Fr. Panknin, Oranienstraße Nr. 178 II. **Adolfsstraße 91.** **Edt Oranienstraße.**
Stenographie. **Neue Unterrichtskurse** des Arbeit-Stenogr.-Vereins „Stolze“ in der „Vereinfachten deutschen Stenographie“ beginnen: **Dienstag, den 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr,** bei Giebert, Schulstr. 29. **Unterrichtsgeld 4 Mk.** Die erste Stunde ist kostenfrei. **Das Lehrbuch wird gratis geliefert.**
 Verantwortlicher Redacteur: Wilhelm Schröder in Wilmersdorf. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöde in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.